Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 2,25 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet
Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140 der Anzeigen-Abteilung Nr. 1763, der Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Inseratenannahme vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr.
Erscheint täglich zweimal. Sonntags und Montags einmal.
Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle Markt 24

Nr. 135. Halle, Sonnabend, den 21. März 1914.

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung vom 20. März 1914.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer, Dr. Beseler, v. Dallwitz.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung 11 Uhr 15 Min. und verliest folgende Danktelegramme:

„Dem Hause der Abgeordneten meinen besten Dank für die freundliche Anteilnahme an dem Glück meines Hauses.
Wilhelm Rex."

„Ich bin hocherfreut über die freundliche Anteilnahme, die Sie mir im Namen des Hauses der Abgeordneten zur Geburt meines Enkels ausgesprochen haben und bitte Sie, dem Hause meinen herzlichen Dank zu übermitteln.
Augusta Viktoria I. R."

Das Grundteilungsgesetz.

(Zweiter Tag.)

Es liegt eine Reihe von Anträgen vor.

Im Interesse der Erhaltung unseres Bauernstandes ersucht Antrag Engelbrecht (Freik.) und Gen. um Erhebungen über größere Zusammenkäufe bäuerlichen Grundbesitzes in den letzten zehn Jahren; ein Antrag Boisly (Natl.) um Zusammenstellung der Verschiebungen in der Zusammensetzung des ländlichen Grundbesitzes und der ländlichen Wirtschaftsbetriebe, sowie in der Zusammensetzung der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten.

Es liegen ferner drei Gesetzanträge Ecker-Winsen (Natl.) vor: 1. betreffend Ansiedlung von Landarbeitern und Schaffung von Almenden;

2. betreffend Schaffung von kleinen und mittelbäuerlichen Betrieben;

3. betreffend Förderung der inneren Kolonisation durch provinzielle Ansiedlungsgesellschaften.

Für jeden dieser Zwecke soll ein Fonds von 100 Millionen zu Staatsdarlehen bereitgestellt werden.

Ein Antrag Aronsohn (Sp.) enthält einen Gesetzentwurf, betreffend Bereitstellung von 300 Millionen zur Gewährung von Staatsdarlehen für innere Kolonisation.

Abg. Frhr. von Reitzenstein-Pilgramsdorf (Ztr.):

Namens meiner Fraktion habe ich ebenfalls den Antrag zu stellen, daß das Gesetz und die Anträge einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen werden. Mit den Zielen des Gesetzes sind wir einverstanden. Auch wir sind für innere Kolonisation doch sind wir hier keine Stürmer und Dränger, wir wünschen vielmehr, daß man mit Weisheit und Vorsicht vorgeht, und daß die innere Kolonisation sich langsam, aber stetig entwickelt. Ferner verlangen wir, daß man die innere Kolonisation nicht mit irgendwelchen parteipolitischen oder gar konfessionellen Momenten verquickt. Die Bedenken, die wir gegen das in der Vorlage enthaltene Rücktrittsrecht haben, sind wesentlich juristischer Natur; sie werden von einem anderen Redner meiner Fraktion noch näher begründet werden. Wenn wir auch anerkennen, daß Mißstände auf dem Gebiete des Güterhandels bestehen, so meinen wir doch, daß es für so weitgehende und tiefgreifende Maßnahmen, wie sie in dem Entwurf gefordert werden, an einer ausreichenden Begründung fehlt. Das Material, das die Regierung anführt, ist sehr bescheiden. Der Güterhandel wird jedenfalls von dem Gesetz aufs schwerste getroffen werden.

In Bayern sind nach dem Erlaß des bayerischen Gesetzes 80 Prozent der Güterhändler von der Bildfläche verschwunden, auf dem Gütermarkt ist dort eine vollständige Stockung eingetreten. Das preußische Gesetz wird vermutlich noch schärfer wirken, die Güterpreise werden sinken, und hierdurch werden viele Bauern, die verkaufen wollen, geschädigt werden. Der Entwurf bedarf also der sorgfältigsten Prüfung, so ohne weiteres sind wir nicht gewillt, den Regierungspräsidenten und den untergeordneten Organen so große Vollmachten in die Hand zu geben. Meine Freunde haben für die gewerbsmäßigen Güterhändler nicht allzuviel Sympathie, aber so weit gehen wir doch nicht, daß wir jetzt sagen: Die Güterhändler sind die Wurzel alles Uebels. Ganz entsehen kann man sie nicht. Wir werden uns daher bemühen, in der Kommission eine Fassung zu finden, die ähnliche Kalamitäten, wie sie sich in Bayern herausgestellt haben, verhüten. Die Verhältnisse sind nicht überall so wie in Westpreußen und Posen, wo die Güterpreise eine fast schwindelhafte Höhe erreicht haben. Dies ist eine Folge der Ansiedlungspolitik, die wir stets bekämpft haben, nicht aus parteipolitischen oder konfessionellen Gründen, auch nicht, um uns den Dank der Polen zu erwerben, sondern im Interesse der Allgemeinheit. (Beifall im Zentrum.)

Es erfüllt uns daher mit Genugtuung, daß wir uns nicht mitschuldig gemacht haben an einer Politik, die solche Zustände im Osten herbeigeführt hat. (Zustimmung im Zentrum.) Aber die Regierung hat ja leider unsere Warnungen nicht gehört. Eine mäßige Steigerung der Güterpreise ist indessen durchaus gerechtfertigt infolge der vielen Verbesserungen, die die Landwirte durch ihre Mühe und ihren Fleiß vorgenommen haben. Auch andere Momente tragen zu dieser Steigerung der Preise bei. Viele reiche Leute aus der Stadt wollen gerne ein Rittergut haben und zahlen jeden Preis. Der Entwurf wird sicherlich stark auf die Preise drücken, namentlich durch das Vorkaufsrecht. Es ist sogar zu befürchten, daß die Preise unter das Normale fallen, was durchaus nicht im Interesse der Landwirte liegt. Ich möchte die konservativen Kreise warnen, nicht in denselben Fehler zu verfallen, den man beim Enteignungsgesetz begangen hat, in das private Besitzrecht einzugreifen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Das Vorkaufsrecht entspricht den Wünschen der Bodenreformer, die den Grund und Boden der privaten Bewirtschaftung entziehen und der Gemeinde und dem Staate übertragen wollen. Dies ist aber ein durchaus sozialistisches Prinzip, das wir entschieden bekämpfen. An dem Eigentumsrecht und dem privaten Besitzrecht lassen wir nicht rütteln. Was nun die Anträge anlangt, so begrüßen wir den Antrag Engelbrecht, da er sich gegen das Bauernlegen richtet, auch der Antrag Boisly ist uns sympathisch, ebenso der nationalliberale Antrag, der die Schaffung von Almenden verlangt. Wir bedauern es, daß die Almendewirtschaft, besonders im Osten, so stark zurückgegangen ist. Wo die Almende noch besteht, so in Hessen-Nassau und im Rheinland, sollte die Regierung alles tun, um sie zu erhalten. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Ecker-Winsen (Natl.):

Daß die neuere Kolonisation eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart ist, entspricht auch unserer Auffassung. Die Zeit des Tastens und Versuchens, der Ueberlegung und der Erwägungen muß jetzt vorbei sein. Die Frage der ländlichen Arbeiter drängt nach einer Entscheidung. Man denke nur einmal daran, welche Katastrophe es für unser Vaterland bedeuten würde, wenn Rußland und Oesterreich die Grenzen für die Saisonarbeiter sperren würden. An Ansiedlern für die innere Kolonisation fehlt es nicht. Im Vorjahre sind 9000 Ansiedler von der Ansiedlungskommission zurückgewiesen worden. Dazu kommen die russischen Rückwanderer. Die Auswanderung nach Amerika ist anscheinend größer als unsere Statistik nachweist. Denn nach amerikanischen Angaben sind nicht 22000 Deutsche, sondern 49000 Deutsche übers Meer gewandert. (Hört! hört!) Wir halten den Großgrundbesitz allerdings für eine Notwendigkeit; der Großgrundbesitzerstand muß unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Der Schwerpunkt des ganzen Gesetzes liegt im Vorkaufsrecht. Wir werden in der Kommission gründlich prüfen müssen, ob diese Maßnahme in der Kompetenz der Landesgesetzgebung liegt; der Hinweis auf andere Bundesstaaten genügt nicht.

Mit dem Grundgedanken des Vorkaufsrechts sind wir einverstanden. Wir verkennen allerdings nicht, daß es eine tief einschneidende Maßregel ist. Hierfür dürfen nicht nur volkswirtschaftliche, ethische und andere Gründe maßgebend sein, sondern vor allem nationale Gründe. Der Uebergang von Gütern in polnische Hände ist aufs tiefste zu bedauern. Das Vorkaufsrecht ist dagegen das einzige Mittel. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Zustände aufhören. Die Ostmarkenpolitik will nicht eine Verdrängung der Polen, sie will nur dem Deutschtum das erhalten, was die Hohenzollern erworben haben. Die Ostmarkenpolitik ist kein Kampf-, sondern ein Abwehrmittel, und das Vorkaufsrecht wird den Herren der Ansiedlungskommission deshalb sehr willkommen sein. Das Vorkaufsrecht bezieht sich auf alle Besitzer, nicht nur in den polnischen Provinzen, sondern auch im Westen, und es ist daher grundfalsch, zu behaupten, es sei eine Ausnahmemaßregel gegen die Polen. Die Besitzverteilung ist z. T. sehr ungünstig. Nach dem Wunsche des Freiherrn vom Stein sollte das Bauernlegen verboten werden, aber die schwache Regierung der Jahre 1815—30 hat dem Bauernlegen nicht den nötigen Widerstand entgegengesetzt, und seit dieser Zeit haben wir eine ungesunde Bodenpolitik. In Hannover, wo die Bauernpolitik getrieben wurde, stehen sich die kleineren und mittleren Bauern trotz der Nähe der Industrie wirtschaftlich gut. Die Maßnahmen dieses Gesetzes werden nur dann wirksam sein, wenn genügende Mittel bereitgestellt werden. Daher bildet die Voraussetzung für unsere Zustimmung zu dem Gesetz, daß unsere Anträge in das Gesetz hineingearbeitet werden. Die innere Kolonisation kann nur durchgeführt werden durch große Ansiedlungsgesellschaften unter Mitwirkung öffentlicher Körperschaften. Die innere Kolonisation muß Sache der Provinzen sein, die Arbeitersiedlung Sache der öffentlichen Kommunalverbände. Auf die Ansiedlungsgesellschaften muß der Staat einen maßgebenden Einfluß behalten. Besonders wichtig ist eine lokale Organisation, die es jedem Ansiedlungslustigen möglich macht, sich an geeigneter Stelle anzusiedeln.

Die Leitung der inneren Kolonisation muß der Landwirtschaftsminister behalten, und es wird für den Erfolg von ausschlaggebender Bedeutung sein, ob diese leitende Stelle den festen Willen hat, eine geeignete Organisation durchzuführen. Vielleicht ließen sich die Generalkommissionen in geeigneter Weise ausbauen. Sehr wichtig wird es sein, die Mittel für Belastung der Grundstücke in geeigneter Form zur Verfügung zu stellen. Für die ländlichen Arbeiter ist die Schaffung der Almende von größter Wichtigkeit. In der ganzen Welt regt sich jetzt die innere Kolonisation. Wir werden nicht eher ruhen, bis wir diese Lebensfrage zu einem glücklichen Ende geführt haben.

Abg. Frhr. von Zedlitz (Freikonf.):

Das Gesetz bringt schwere Eingriffe in das private Eigentumsrecht. Wer an dem Privateigentum von Grund und Boden grundsätzlich festhält, hat die Pflicht, genau und sorgfam zu prüfen, ob die Voraussetzungen zu einer solchen Beschränkung des Privateigentums wirklich vorliegen. Es unterliegt bei keiner Partei dieses Hauses einem Zweifel, daß die innere Kolonisation die Ansiedlung von Bauern und Arbeitern, eine Lebensfrage des preußischen Staates, ein Hauptmittel zur Gesundung unseres Volkes ist. (Sehr richtig!) Bei einem so großen Ziel wollen wir auch eine gewisse Beschränkung hinnehmen, allerdings nur, wenn die innere Kolonisation in stetigkeit und großzügiger Weise durchgeführt wird. Durch die Maßregeln gegen die Güterschlächterei wird das Land für eine gesunde Aufteilung frei. Durch die Genehmigungspflicht wird auch verhindert, daß Ansiedlungen entstehen, die sich von vornherein nicht halten können, denn nichts wirkt ungünstiger auf den Fortgang der inneren Kolonisation ein. Die innere Kolonisation kann nur gedeihen, wenn die angesiedelten Bauern ihr gutes Fortkommen haben. Vielleicht ist der indirekte Nutzen für die innere Kolonisation noch größer als der direkte.

Ein Haupthindernis sind die übertriebenen Preise für Grund und Boden. Ein Hauptgrund hierfür ist, daß unsere Industriellen geneigt sind, für Luxusgüter Luxuspreise anzulegen. (Sehr richtig!) Wenn es gelingt, die gewerbsmäßige Güterschlächterei zu behindern, so wird ein Sinken der Güterpreise eintreten und der Mobilisierung unseres ländlichen Grundbesitzes Einhalt getan werden. Die Genehmigungspflicht und das Vorkaufsrecht müssen in den richtigen Grenzen bleiben. Sie dürfen nicht ausgedehnt werden auf Fälle, in denen ein Eingreifen des Staates weder notwendig noch angezeigt ist. Unbedingt kann das Vorkaufsrecht überall dort Platz greifen, wo die Voraussetzungen der Genehmigung vorliegen; es muß aber Halt machen dort, wo die Bodenständigkeit nicht gefährdet ist. Das Vorkaufsrecht muß möglichst vor dem Zuschlage ausgeübt werden. Eine Laienkommission aus Großgrundbesitzern und Bauern ist am besten geeignet, die Voraussetzungen für die Anwendung des Vorkaufsrechtes zu prüfen. Der Staat muß sich an den gemeinnützigen Ansiedlungsgesellschaften mehr als bisher beteiligen. Die Ansiedlungsgesellschaften müssen von den Lasten unserer öffentlich rechtlichen Einrichtungen entlastet werden, damit die Preise der Ansiedlungsstellen nicht zu hoch steigen. Bei den Neuansiedlungen muß für Almenden gesorgt werden. Wir werden eine Wiederbevölkerung des platten Landes nur dann erreichen können, wenn wir gleichzeitig den vorhandenen ländlichen Besitz festigen. (Sehr richtig!) Dem Antrage des Abg. Boisly auf Zusammenstellung der Verschiebungen von Landbesitz stimmen wir zu. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, unter Zurückstellung aller parteipolitischen Unterschiede, aus der Vorlage ein Gesetz zu machen, daß der Entvölkerung des platten Landes steuert und dadurch zur Gesundung des deutschen Volkes führt. (Lebhafter Beifall.)

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer:

Der Anregung auf Festigung des bisherigen bäuerlichen Besitzes stehe ich natürlich als Sohn der roten Erde sehr sympathisch gegenüber. Ich verweise auf das 1886 schon in Hannover und Westfalen eingeführte Anerbenrecht, von dem schon in zahlreichen Fällen Gebrauch gemacht ist. Hierauf näher einzugehen, dürfte besonders bei der ja bevorstehenden Beratung des Fideikommißgesetzes die geeignete Gelegenheit sein. Es kommt bei der inneren Kolonisation aber nicht nur auf die Ansetzung bäuerlicher Besitzer, sondern ebenso sehr auf die Erhaltung und Vermehrung des Landarbeiterstandes an. Auf die Schwierigkeiten einer solchen Ansiedlung habe ich schon im Vorjahre hingewiesen. Nach der Statistik über die Jahre 1895 bis 1907 haben gerade die kleinsten Betriebe bis zu einer Größe von 0,5 Hektar zugenommen. Abgenommen haben aber die Kleinbetriebe bis zu 2 Hektar, da diese sogenannten Zwergbetriebe den landwirtschaftlichen Arbeitern unsympathisch geworden sind. Sie geben entweder den landwirtschaftlichen Betrieb ganz auf, um den Hausstand und die Hausfrau zu entlasten, oder suchen einen Besitz über 2 Hektar zu erwerben. Daher ist in den weiteren Größeklassen eine Zunahme des Besitzes zu verzeichnen.

Wenn wir die Arbeiter dauernd ansiedeln wollen, dann müssen wir ihr Bestreben nach Erwerb eines größeren Besitzes unterstützen. Bisher war man vielfach der Meinung, daß ein Landarbeiter nur so viel Besitz in Betrieb haben dürfe, daß er nebenbei nicht nur die Zeit, sondern auch die Notwendigkeit hätte, sich außerhalb seiner Betriebsstätte Arbeit zu suchen. Theoretisch mag das ja ganz richtig sein, praktisch führt es aber dazu, daß die Arbeiter nicht lange auf einer Betriebsstätte aushalten, sondern sie in dem Augenblick verlassen, wo sie eine bessere Arbeitsgelegenheit finden. Ich stehe deswegen den Vorschlägen durchaus wohlwollend gegenüber, die dahin gehen, auch bei den Arbeitern möglichst eine wirtschaftliche Stufenleiter herbeizuführen, so daß sie allmählich ihren Besitz vergrößern können. Das geschieht am besten durch die Reservierung eines genügend großen Stückes Gemeindelandes, wie dies auch bei der Ansiedlungskommission schon durchgeführt ist. Eine solche Maßnahme stößt aber auf Schwierigkeiten, wenn eine Ansiedlungsgesellschaft ihren Grund und Boden zu teuer bezahlt hat. Auch für bäuerliche Besitzer gilt dieses Bestreben, sich auszudehnen, wenn sie prosperieren. Daraus erklärt sich auch die Tatsache, daß eine verhältnismäßig große Zahl der Ansiedler ihre Stelle wechselt, weil sie sich an ihrer bisherigen Stelle nicht weiter ausdehnen können. (Sehr richtig!)

Bei unseren statistischen Angaben in der Denkschrift haben wir uns nicht die günstigsten Provinzen herausgesucht, sondern diejenigen, bei denen solche Angaben vorlagen. So wird uns übereinstimmend aus den westlichen Provinzen, aus Hessen-Kassel, aus der Rheinprovinz und aus Teilen von Westfalen darüber berichtet, daß dort die Güterzertrümmerung einen bedenklichen Charakter angenommen hat, und daß es angezeigt scheine, hier mit gesetzgeberischen Maßnahmen einzugreifen. Das bayerische Güterzertrümmerungsgesetz hat wohl nur deswegen nicht günstig gewirkt, weil dort eine geeignete Stelle für die Ausübung des Vorkaufsrechts fehlt. Die hohen Preise, die die Ansiedlungskommission für ihren Grunderwerb gezahlt hat — im Jahre 1913 1800 Mark pro Hektar, gegen 1500 Mark im Jahre 1912 — sind keine Ausnahmepreise, sondern sie finden sich mehr oder weniger überall. Die Preise für Liebhaber, die unter allen Umständen ein Gut haben wollen, werden immer bestehen bleiben. Was aber durch das Gesetz beseitigt werden soll, das ist der Aufschlag, den der Güterpreis durch die Konkurrenz der Grundstückshändler, Parzellierungsbanken usw. erfährt.

Die Ansiedlungsgesellschaften können ihr Vorkaufsrecht auch nur ausüben, soweit ihre Mittel ausreichen und das Land zur Aufteilung geeignet ist. So hat die Ansiedlungskommission von der ihr angebotenen Grundfläche nur 10 Prozent, die „Freie Scholle" nur 4 Prozent und die Ostpreußische Landgesellschaft nur etwas mehr als 1 Prozent gekauft. Ich möchte davor warnen, den Vorschlägen der Regierung Einwendungen aus der Unantastbarkeit des Eigentums entgegenzuhalten. Ich bin gewiß der letzte, um an den Einrichtungen, die ich als Grundlagen unseres Staatswesens betrachte, zu rütteln. Der Staat kann aber den wirtschaftlichen Entwicklungen nicht mit verschränkten Armen gegenüberstehen. Ich verweise nur auf die Maßnahmen, die jetzt in England und sonst im Ausland auf diesem Gebiete getroffen werden. Das Gesetz läßt ja das Eigentum unangetastet und nimmt nur denjenigen Besitz in Anspruch, dessen sich der Eigentümer entäußert hat. Ich gebe ohne weiteres zu, daß man hier gewisse Bedenken haben kann, aber ich glaube doch, daß, wer es ehrlich und aufrichtig mit der Erhaltung des Eigentums meint, nichts besseres tun kann, als die Maßnahmen für die Schaffung eines gesunden Besitzverhältnisses für die Zukunft zu befürworten. Die Anträge will ich in der Kommission gern gründlich prüfen. Gegen die gro[illegible] Summen, die dort gefordert werden, dürften aber dieselben Gründe gelten, die im Vorjahre maßgebend gewesen sind, diese Summe für die Zwecke der inneren Kolonisation zu verweigern. Für uns eignet sich mehr der von der Regierung vorgeschlagene Weg als der, den die Anträge vorsehen. Die Ansetzung von Ansiedlern ist auch heute noch so, daß die Ansiedler ihre Existenz finden, wenn sich einzelne Subhaftationen auch nicht vermeiden lassen. Der Vorschlag, eine besondere Stelle im landwirtschaftlichen Ministerium für innere Kolonisation zu schaffen, ist auch gemacht worden. Ich habe nun das Gefühl, daß ich gerade Beamte genug habe und kann nicht zugeben, daß ein Bedürfnis für eine neue Stelle vorhanden ist. (Beifall rechts.)

Abg. Baerwald (Sp.):

Schon im Vorjahre haben wir große Mittel für die innere Kolonisation gefordert, leider sind unsere Anträge damals abgelehnt worden. Auch die Nationalliberalen stimmten dagegen, obwohl sie jetzt drei Anträge eingebracht haben, die sich im wesentlichen auf dem Boden unserer vorjährigen Anträge bewegen. Dies ist für unsere Partei eine Genugtuung. Der vorliegende Entwurf begegnet bei uns erheblichen Bedenken. Der Entwurf wendet sich sehr scharf gegen den gewerbsmäßigen Güterhandel, aber wir meinen, daß die Vorwürfe, die gegen die Güterhändler erhoben sind, nicht alle berechtigt sind. Wir glauben nicht, daß die Schäden, die der Entwurf mit so drakonischen Mitteln bekämpfen will, tatsächlich bestehen. Gewiß wollen die Güterhändler verdienen, aber ein gesunder Egoismus ist die treibende Kraft im Wirtschaftsleben. Daß Mißstände im Güterhandel be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140321017/fragment/page=0001

stehen, geben wir zu, aber wir glauben nicht, daß die hier vorgeschlagenen Mittel geeignet sind, tatsächliche Mißstände zu beseitigen. Der wichtige § 4 ist so lautschukartig, daß man mit seiner Hilfe so ziemlich jeden Güterhandel inhibieren kann. Dadurch würde die innere Kolonisation nicht gefördert, sondern gehemmt werden. Deshalb sind wir entschieden gegen diesen Paragraphen. Ebenso lehnen wir grundsätzlich die Ausgestaltung des Genehmigungsverfahrens ab, denn die Genehmigung wird hier gänzlich in die Hand der politischen Beamten gelegt. Dabei ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß nationale und politische Momente eine Rolle spielen werden, was natürlich unsere entschiedenste Mißbilligung finden würde.

Auch das Rücktrittsrecht erscheint uns unbillig und ungerecht, schon deshalb, weil es nur dem Güterhändler, aber nicht dem Bauernlegen gegenüber angewendet werden darf. Im wie weiten Maße noch das Bauernlegen betrieben wird, zeigt das Beispiel eines Fideikommißbesitzers, der 800 Morgen Neuwarland aufgekauft hat. „Mitten im Frieden ist ein Dorf verloren gegangen", schreibt man mir deshalb. Wir befürchten ferner, daß das Gesetz ebenso wie das Ansiedlungs- und das Enteignungsgesetz gegen die Polen sich richtet, wovon wir nur eine Verschärfung des Nationalitätenkampfes befürchten. Die Veräußerungsbeschränkungen sollten für die drei westlichen Provinzen nicht gelten, vermutlich weil dort das Zentrum die Majorität hat und man durch solche Ausnahmen die Zustimmung des Zentrums zu dem Entwurf zu erlangen hofft. (Lachen im Zentr.) Das Vorkaufsrecht verstößt gegen das Reichsrecht, es hat auch einen stark sozialistischen Charakter und ist deshalb auch vom „Vorwärts" lebhaft begrüßt worden. (Hört! Hört!)

Das Vorkaufsrecht wird ferner ungemein auf den Preis der Güter drücken. Wenn wir auch die enorme Steigerung der Güterpreise beklagen, so sind wir doch ebenso sehr gegen einen sprunghaften Preissturz. Das Vorkaufsrecht legt den ganzen Güterhandel in die Hand des Staates, eine Tatsache, die wieder im parteipolitischen Interesse ausgenutzt werden kann. Deshalb können wir uns für das Vorkaufsrecht durchaus nicht erwärmen. Das, was wir wollen, haben wir in unserem Antrag niedergelegt. Der Redner begründet eingehend diesen Antrag. Die geforderten Zwischenkredite von 75 Millionen Mark werden wir, nach genügender Aufklärung in der Kommission, gern bewilligen. Die Hauptsache bei der inneren Kolonisation ist die Schaffung von Land. Deshalb soll man geeignete Domänen zerteilen und die Bildung von Fideikommissen erschweren. Leider wird uns aber ein Gesetz vorgelegt, das die Schaffung von immer neuen Fideikommissen ermöglicht. Wir werden das Gesetz eingehend prüfen und versuchen, es in der Kommission so zu gestalten, daß es unseren Wünschen entspricht. (Beifall links.)

Abg. v. Trampczynski (Pole):

Das Gesetz ist ein Ausnahmegesetz, mit seiner Hilfe kann die Regierung jeden vom Lande wegfegen, der ihr unliebsam ist. Ich erinnere aber an den bekannten Spruch: Mit Ausnahmegesetzen kann jeder Esel regieren, es frägt sich nur wie lange. Ein solches Ausnahmegesetz hätte uns nicht vorgelegt werden sollen. Vernünftig sind an dem Gesetz nur die Bestimmungen über Erleichterungen der Errichtung neuer ländlicher Stellen. Die Klagen über die Güterhändler sind übertrieben, der Bauer ist nicht so dumm, wie er aussieht (Große Heiterkeit); so leicht läßt er sich nicht übers Ohr hauen. Ich habe noch nie einen Entwurf gesehen, der so auf logischen Verrenkungen beruht, wie der vorliegende. Sehen Sie sich nur die Bestimmungen über das Vorkaufsrecht an! Das Vorkaufsrecht steht im Widerspruch mit der Reichsgesetzgebung, mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Freizügigkeitsgesetz; es ist geradezu ein Schlag ins Gesicht der Reichsgesetzgebung. Am schönsten sind die Paragraphen 16, 17, 18, die nur den Zweck verfolgen, den Polen den Erwerb von Land unmöglich zu machen. Diese Paragraphen sind von unsern Kronjuristen so abgefaßt, daß sich dessen selbst ein Laie schämen müßte. (Heiterkeit.) Die Begründung sagt uns auch nichts, allerdings reicht zur Begründung eines solchen Gesetzes die menschliche Fähigkeit nicht aus. (Heiterkeit.)

Man ereifert sich für die innere Kolonisation und macht es durch das Ansiedlungsgesetz den Polen unmöglich, ein Haus zu bauen. Man erschwert auch Nichtpolen die Möglichkeit, eine Ansiedlung zu errichten. Man klagt auch über die Wohnungsnot und bringt ein Wohnungsgesetz ein, das aber, solange das Ansiedlungsgesetz besteht, nur eine Attrappe ist. Dann möchte ich noch eine Sache erwähnen. Der Landwirtschaftsminister hat an den Ostmarkenverein geschrieben, er möchte ihn nicht mehr angreifen, er werde dann auch dafür sorgen, daß das Enteignungsgesetz zur Anwendung komme. Er möchte aber den Ostmarkenverein bitten, für das Parzellierungsgesetz einzutreten. Der Ostmarkenverein traute aber dem Minister nicht und wandte sich an Nr. 58 (den Kaiser) und Nr. 61 (den Reichskanzler). Wir haben das Gefühl, daß ein Appell an die Gerechtigkeit hier keinen Anklang findet, aber ich möchte doch angesichts eines solchen Gesetzes an Ihre Vernunft appellieren. Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage, das kann man auch von diesem Gesetz sagen. (Beifall bei den Polen.)

Justizminister Dr. Beseler:

Ich will nicht auf die allgemeinen Fragen, die der Vorredner erörtert hat, eingehen, sondern will nur die Rechtsfragen erörtern. Die Bedenken richten sich namentlich dagegen, daß die Berufung auf § 119 des Ausführungsgesetzes zulässig sei. Es handelt sich bei dem Vorkaufsrecht um eine persönliche Beschränkung des Verkäufers dadurch, daß er sich den Käufer nicht frei wählen kann. (Lachen b. d. Polen.) Der Verkäufer ist eben beschränkt, einen anderen Käufer zu wählen, wenn der Staat das Grundstück erwerben will. Daß eine Beschränkung des Erwerbes eintritt, kann ich nicht anerkennen, er wird allerdings im Erwerbe gehindert (Zuruf: Na, also!) Daß Sie damit nicht einverstanden sind, weiß ich, ich bleibe aber vor der Hand bei meiner Ansicht. Der Vorredner hat sich vor allem gegen die Bestimmung gewandt, daß die Vereinbarung einer Nebenleistung dem Vorkaufsberechtigten gegenüber unwirksam ist, wenn die Nebenleistung nicht in Geld zu schätzen ist. Es ist meines Erachtens selbstverständlich, daß der Staat sich eine Vereinbarung nicht gefallen zu lassen braucht, wenn dadurch bereitelt wird, was er durch sein Gesetz zu erreichen sucht. Jede in Geld zu schätzende Entschädigung soll doch gezahlt werden. Der Hinweis auf das Freizügigkeitsgesetz ist auch nicht durchschlagend.

In dem Erwerb der Grundstücke soll der nicht-preußische Deutsche nicht schlechter gestellt werden als der Preuße. Das ist doch der Zweck der Vorschriften. Aber ebenso richtig ist es, daß der nicht-preußische Deutsche nicht mehr Rechte erwerben soll, als der Preuße. Das ist die communis opinio aller Juristen, und deshalb kann man auch das Freizügigkeitsgesetz nicht gegen dieses Gesetz verwerten.

Abg. Braun (Soz.):

Alle bürgerlichen Parteien haben sich für die innere Kolonisation ausgesprochen, die Konservativen allerdings nur sehr zögernd. Wir lassen uns von dem Taumel der inneren Kolonisation nicht mit fortreißen. Wir lassen unsere volkswirtschaftlichen Grundsätze nicht fahren. Wenn wirklich der Kleinbetrieb dem Großbetrieb überlegen wäre, bedürfte es gar nicht dieser künstlichen Mittel. Die bisherigen Erfolge der inneren Kolonisation sind nicht ermutigend. Es wird auch nicht gelingen, durch die innere Kolonisation die reaktionäre Macht der Konservativen zu brechen. Wenn heute der Großbetrieb in der Landwirtschaft nicht den berechtigten Erwartungen entspricht, so beruht das auf dem immer größer werdenden Erwerb von Luxusgütern durch reich gewordene Industrielle und Kaufleute. An der Landflucht trägt die „echtpreußische" Behandlung der Arbeiter auf dem Lande die Hauptschuld. So hat jetzt wieder ein ostpreußischer Grundbesitzer einen 70jährigen Arbeiter mit seinen sämtlichen Sachen in Schnee und Regen auf die Landstraße gesetzt. (Stürmische Rufe rechts: Namen nennen! — Redner nennt hierauf den Namen des Gutsbesitzers und des Arbeiters und gibt eine ausführliche Schilderung des Vorfalls.)

Die Konservativen wollen sich nur einen abhängigen Arbeiterstand auf dem Lande schaffen. Die Wohnungsnot muß auf dem Lande muß beseitigt werden. Ein Arbeiterschutz ist auf dem Lande ebenso wichtig wie in der Industrie; die Unfallgefahr ist auch dort sehr hoch. (Präsident Graf Schwerin-Löwitz weist den Redner darauf hin, daß die Unfallgesetzgebung mit dem Grundteilungsgesetz nur in sehr losem Zusammenhange steht.) Der Grundgedanke des Gesetzes, „das Allgemeinwohl steht vor dem Privatwohl", ist uns durchaus sympathisch, er ist ein sozialistischer Gedanke. Auch das Vorkaufsrecht des Staates findet unseren Beifall, nur dürfte es nicht auf 10 Hektar beschränkt bleiben, denn damit wird das Baumschlagen nicht verhindert, und dürfte auch nicht weiter verzögert werden. Warum wird nicht nach dem Vorgange des Wehrbeitrages für das Vorkaufsrecht der Regierung das Ansuchen des Nutzungswertes eingesetzt? Die „Scholle" weigert sich, an sozialdemokratische Ansiedler Land abzugeben.

Die „Scholle" hat gar nicht das Recht, aus politischen Gründen Arbeiter zurückzuweisen. Wenn sie hier ein Drittel der Bevölkerung (lebh. Widerspruch rechts) vom Grundstückserwerb ausschließen wolle, dann schließen Sie ihn doch auch vom Militärdienst und Steuerzahlen aus. (Lachen rechts.) Das Gesetz ist dazu geschaffen, politisch und national mißliebigen Personen Schwierigkeiten zu machen, deshalb stimmen wir trotz seiner uns sympathischen Grundtendenz dagegen. (Beifall b. d. Soz.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend, 11 Uhr; außerdem Stadterweiterung von Köln.

Schluß 1/26 Uhr.

Mb. Deutscher Reichstag.

237. Sitzung. Freitag, den 20. März.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Solf.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr.

Eingegangen ist der Notetat.

Kurze Anfragen.

Abg. Hoff (Vp.) fragt an:

Zeitungsnachrichten zufolge werden Söhne von Volksschullehrern — von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen — als Offiziersaspiranten für die Marine nicht angenommen, auch wenn sie bezüglich ihrer körperlichen Beschaffenheit und ihrer Vorbildung den gestellten Anforderungen genügen. Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob diese Nachrichten auf Tatsachen beruhen? und bejahrendenfalls: was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diese für den Volksschullehrerstand verletzende und die Interessen der Marine schädigende Verwaltungspraxis der Marinebehörden zu beseitigen?

Kontreadmiral Dehnhardt: Die Anfrage, ob Söhne von Volksschullehrern, abgesehen von ganz vereinzelten Ausnahmen, als Offiziersaspiranten für die Marine nicht angenommen werden, entspricht nicht den Tatsachen. Weder sind Bestimmungen getroffen, noch besteht die Verwaltungspraxis, daß Söhne von Volksschullehrern nicht als Anwärter angenommen werden. Tatsächlich dient auch eine Anzahl von Söhnen von Volksschullehrern oder aus dem Volksschullehrerstand hervorgegangenen Persönlichkeiten als Seeoffiziere oder Offizieranwärter. Es läßt sich nicht vermeiden, daß jährlich eine große Anzahl von Meldungen für die Seeoffizierslaufbahn nicht berücksichtigt werden kann, trotzdem die Anwärter die gestellten Bedingungen erfüllen. Solche nicht angenommene Anmeldungen verteilen sich auf alle Berufsstände. Die Annahme erfolgt nach dem Grade der Erfüllung der körperlichen und wissenschaftlichen Annahmebedingungen und der persönlichen Geeignetheit zu dem Beruf.

Abg. Schiffer-Magdeburg (Natl.) fragt an:

Durch Urteil vom 5. März dieses Jahres hat das Königlich Preußische Kammergericht dahin erkannt, daß der Generalpardon aus § 68 des Gesetzes über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag vom 3. Juli 1913 auch in denjenigen Steuersachen Anwendung findet, in denen bei Abgabe der Wehrbeitragserklärung ein Strafverfahren bereits eingeleitet war. Durch eine höchstrichterliche Entscheidung ist also der gegenteiligen Vorschrift des § 15 Absatz 2 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 6. November 1913 die Rechtsgültigkeit abgesprochen. Welche Stellung nimmt der Herr Reichskanzler zu dieser Entscheidung ein? Ist er bereit, mit den einzelstaatlichen Regierungen in Verbindung zu treten, um sie zu veranlassen, von der Einleitung und Durchführung von Strafverfahren aus der gedachten Bestimmung fortan abzusehen?

Unterstaatssekretär Jahn: In der von der Anfrage berührten Angelegenheit sind verschiedene Urteile ergangen, die sich teils ebenso wie das Kammergericht, teils in anderem Sinne aussprechen. Gegen verschiedene Strafkammerurteile ist bereits Revision eingelegt worden, über die das Reichsgericht zu entscheiden hat. Die Reichsfinanzverwaltung hat die Bundesregierungen um Mitteilung der Abschriften der ergangenen Entscheidungen ersucht. Von dem Ausfall der Prüfungen der zugrundeliegenden gerichtlichen Entscheidungen wird es abhängen, ob der Reichskanzler sich wegen einer von § 15 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen abweichenden Auslegung des § 68 des Wehrbeitragsgesetzes mit den Bundesregierungen ins Benehmen setzen wird. Soweit die Fragesteller Abstandnahme von der Einleitung neuer Strafverfahren wünschen, so kann schon jetzt bemerkt werden, daß auch nach der Auslegung, die § 15 Abs. 2 der Ausführungsbestimmung des Bundesrates dem § 68 des Wehrbeitrages gibt, die Einleitung eines Strafverfahrens nach Abgabe der Vermögens- und Einkommenserklärung nicht für zulässig zu halten ist.

Der Kolonialetat.

(Sechster Tag.)

Die Aussprache über den Etat für Südwestafrika wird fortgesetzt.

Abg. Quessel (Soz.):

Wir lehnen die Bahnen ab, weil die Regierung sich weigert, die minimalsten Forderungen zum Schutze der Arbeiter und Eingeborenen zu erfüllen. Eine Unmenge von Menschen hat man bei diesen Bahnbauten zugrunde gehen lassen. So geht es nicht weiter! Für die Ovambos muß besser gesorgt werden. Jetzt sind sie nicht einmal vor räuberischen Buschmännern sicher. Auf die Diamanten kann man sich nicht allein verlassen. In Südwest könnte die Viehzucht in großem Maße betrieben werden. Schuld an den jetzigen mißlichen Zuständen ist die Eingeborenenpolitik der Regierung. Ebenso schuldig sind die Konzessionsgesellschaften. Die Löhne der Arbeiter werden systematisch gedrückt.

Das ganze System läuft auf eine Ausrottung der farbigen Bevölkerung hinaus. Die Unternehmer kaufmännischer Betriebe haben eine Vereinbarung getroffen, um die Höhe der Löhne zu begrenzen. Das ist krasser Terrorismus. Auch das System der schwarzen Listen kennt man bereits in Südwest. Das indirekte Waßderfahren zur Verwaltung macht es den kleinen Beuten unmöglich, ihre Wünsche zur Geltung zu bringen. Deshalb muß es baldigst beseitigt werden. Die Ausgaben für Südwest wachsen bedenklich. Wenn die Diamantengewinne einmal aufhören, dann werden wir wieder vor die Frage gestellt sein, ob wir nicht diese Kolonie verkaufen sollen.

Abg. Keinath (Natl.):

Wir haben alles Interesse daran, die Zeit der Diamanten-Gewinne zu benützen, um die dauernden Einnahmen zu erhöhen. Gewiß ist es auch zweckmäßig, die Selbstverwaltungskörper daran zu gewöhnen, daß die Kolonie selbst zu den Militärausgaben erheblich beitragen muß. Wir sollten dahin kommen, nach englischem System die Einzelheiten des Etats der Selbstverwaltung der Kolonie zu überlassen und den Etat nur darauf zu prüfen, ob nichts dem Mutter- und Nachteiliges in ihm enthalten ist. Dem Teilungsmaßstab für die Kosten des Schutzgebiets im Verhältnis von 1:2 haben wir zugestimmt, um Schlimmeres zu verhüten. Auch nur scheint das Vorgehen des Kolonialamtes gegenüber den Diamantenförderern nicht ganz einwandfrei. Kann dann da nicht endlich Frieden werden? Der Forderung für die Ovambobahn stimmen wir zu und können die geäußerten Bedenken nicht für berechtigt halten. Vor allem wird die Eisenbahn die häufigen Hungersnöte verhindern helfen.

Die Resolution über den Bahnbau im Ambolande können wir annehmen mit Ausnahme der Bestimmung, daß dort eine Besiedelung von Weißen ausgeschlossen bleiben soll. Es wäre ein Widerspruch gegen den Sinn unserer Kolonialpolitik, wenn ein Teil des Schutzgebietes dauernd der Besiedlung verschlossen bleibt. Ohne Leitung der Europäer ist eine Viehzucht in den Kolonien unmöglich und schon deshalb ist es unvernünftig, einzelne Teile den Weißen zu verschließen. Die Wassererschließung halten wir für sehr bedeutsam und stimmen deshalb den dafür geforderten Mitteln zu. Die Privilegien der Konzessionsgesellschaften müssen sobald als möglich aufgehoben werden. Es geht nicht an, daß diese Gesellschaften die Früchte der aus Reichsmitteln geschaffenen Anlagen einheimsen. Wir werden den Staatssekretär unterstützen, wenn er weitere Machtmittel gegen diese Gesellschaften anwenden und uns vorschlagen wird.

Abg. Kuckhoff (Zentrum):

Die Regierungspensionate für die Schulkinder verlangen zu hohe Preise. Es ist unbillig, einen Zwang auf die Unterbringung der Kinder in diesen Pensionaten auszuüben, wenn sie anderweitig billiger untergebracht werden können. Die höheren Schulen in Windhuk und Swakopmund leisten sehr Lobenswertes. Aber es ist fehlerhaft, die Schüler genau nach dem deutschen Lehrplan einrichten zu wollen. Insbesondere darf nicht die Bevorzugung des Englischen wieder beseitigt werden. Wenn schon unsere heimischen Schulen als Muster dienen sollen, so nehme man die Landwirtschaftsschulen zum Vorbild. Ich möchte wünschen, daß uns im nächsten Jahre eine Uebersicht über die Entwicklung des Schulwesens vorgelegt wird.

Abg. Dr. Oertel (Kons.):

Die Idee, landwirtschaftliche Schulen in Südwest zu errichten, ist mir außerordentlich sympathisch. Was wir in den letzten Jahren über die Diamanten gehört haben, war wenig erfreulich. Hoffentlich wird jetzt Schluß mit diesen unerquicklichen Fragen gemacht. Es ist gesehlt worden: hoffentlich ist der Weg in die Zukunft schöner. Ich wünsche, daß der Staatssekretär künftig eine starke Dosis Geriissenheit für diese Frage in Anwendung bringt. Die Sache ist wegen der widerstreitenden Interessen nicht einfach. Es wird gut sein, die Förderer in der Form, wie sie es wünschen, zur Mitberatung heranzuziehen. Für die Zukunft wird der Diamantgewinn nicht das Rückgrat bleiben können, und wir müssen uns nach Ersatz umsehen. Das kann nur der Farmerstand und Farmertrag sein. Das ist das einzig Bleibende. Wir dürfen die Farmer nicht behandeln, als ob sie eine quantité negligeable seien. Die Farmer müssen zugeben, daß manches für sie geschehen ist, und sie sind auch dankbar dafür. Aber sie müssen noch dankbarer sein. Sie hoffen viel von der Entwicklung der Landbank, über die wir gern einen Bericht erhalten würden.

Die hohe Vieheinfuhrziffer hört sich bedenklich an. Aber die Sache ist ja noch im Fluß und in der Hauptsache handelt es sich um Zuchttiere. Wichtig ist die Streitfrage, ob Südwest in absehbarer Zeit Vieh nach Deutschland ausführen wird. Heute hält das kein Sachverständiger mehr für möglich. Aber vorgewiesen wurde es ja nicht in die benachbarten Staaten Vieh ausgeführt werden könnte. Die Versuche, zur Bodenkultur überzugehen, sind nur teilweise gelungen. Dazu ist natürlich die Wassererschließung notwendig. Deshalb sind wir gern bereit, die Mittel dazu zu bewilligen, ja auf Verlangen noch zu vermehren.

Die Konzessionsgesellschaften dürfen nicht rechtlos gemacht werden. Aber wenn sie ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht ausreichend nachkommen, dann müssen wir mit aller Entschiedenheit vorgehen. Wir sind nicht einverstanden damit, daß das Ambaland durch Weiße nicht besiedelt werden soll. Ich bin der Ueberzeugung, daß wir oder unsere Kinder an der Entwicklung des Schutzgebiets Freude haben werden, wenn wir nicht knausern und nicht engherzig sind. Die Farmer draußen sind tüchtige Männer. Sie sollen wissen, daß auch der Reichstag ein Herz für sie hat. Südwestafrika wird eine der schönsten Perlen unserer Schutzgebiete werden.

Abg. Ahlhorn (Vp.):

Die Diamantenfunde haben leider der deutschen Diamantenindustrie nicht auf die Beine geholfen. Die deutschen Schleifer wollten Rohdiamanten haben. Das Antwerpener Syndikat hat aber selbst Schleifereien eingerichtet. Das Syndikat soll sich nun mit dem Verkauf von Rohware befassen. Es wäre angezeigt, in Berlin einen eigenen Diamantenmarkt zu errichten.

Staatssekretär Dr. Solf:

Dem Vorredner kann ich die erfreuliche Mitteilung machen, daß der von ihm empfohlene Herr Hahn in das Syndikat bereits aufgenommen ist. Die Regierung ist nicht in der Lage, mit dem Gelde der Förderer die Industrie an sich zu unterstützen. Die Förderer haben sich darauf nicht eingelassen. Soviel wie möglich haben wir auch die Interessen der Schleifer vertreten. Viel können wir da nicht tun, wir haben ihnen aber vor Jahr zu Jahr Vorteile gewährt. Die Doppelnatur unserer Abnehmer, als Schleifer und als Rohhändler, ist tatsächlich eine Konkurrenz für unsere Schleifer. Daß wir sie nicht totmachen können, ist richtig. Die Klage darüber ist aber nicht berechtigt vom Standpunkte der Förderer und deshalb auch nicht von dem der Regierung. Immerhin werden wir Abhilfe zu schaffen suchen. Wir können aber dem Abnehmer nicht befehlen, sich die besten Steine herausfischen und mehr Diamanten auf den Markt zu bringen, als unsere Schleifer wünschen. Wir werden aber versuchen, diese besser zu schützen. Wir haben ihnen bazu zunächst gestattet, um 5 Prozent billiger einzukaufen. Das ist für manche Schleifer ein Vorteil, aber nicht für die Lohnschleifer, die nicht direkt Material kaufen können.

Auch sind die deutschen Schleifer nicht gezwungen, Sortimente zu kaufen, sondern können sie im freien Handel erwerben. Aber auch das können die Lohnschleifer nicht. Wir verhandeln mit dem Syndikat, ihnen indirekt eine Beteiligung zu ermöglichen. Ferner haben wir in Hanau eine Diamantenschleifschule errichtet. Mehr können wir aber nicht tun. Hinsichtlich der Tarife können wir keine Zwangsmaßnahmen treffen, obwohl es in unserem Interesse liegen würde, den Kreis zu verringern, an den wir die Steine abgeben. Die Errichtung eines Diamantenmarktes in Berlin würde unserer Tendenz entgegenarbeiten, das ganze Diamantengeschäft in eine starke Hand zu legen. Die Bahn im Amboland liegt mir ganz besonders am Herzen, und zwar derart, daß ich mich bereit erklärt habe, von dem Diamantenfonds 3 Millionen zu Lasten des Schutzgebietes zu übernehmen. Die Anwerbung der Ovambos staatlich zu regeln, haben wir bereits angeordnet. Auch dem

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140321017/fragment/page=0002

Wünsche, daß Garantien für eine menschenwürdige und gute Behandlung der Owambos geschaffen werden, kann ich gern zustimmen. Eine Spezialverordnung enthält bereits alle Garantien in diesem Sinne.

Die sanitären Verhältnisse, auch in den Minen, wo die Owambos hauptsächlich arbeiten, sind so ausgestaltet, daß die Gesundung und Verarzung der Leute genügend gesichert ist. Spezialberichte über die Gesundheitsverhältnisse werden wir gern in der zugesagten Denkschrift veröffentlichen. Die Landwirtschaftsbank hat in zwei Monaten gute Arbeit geleistet, z. B. eine Anzahl Darlehen gegeben. Wir werden diese Frage aber weiter prüfen. Unser heimischer Schlachtviehmarkt wird noch lange nicht von Südwestafrika versorgt werden können. Der natürliche Absatzmarkt für Schlachtfleisch von dort bleibt der Markt in Südafrika. Wir werden uns bemühen, Verhandlungen mit den dortigen Staaten einzuleiten. Eine weiße Arbeiterfrage in dem heimischen Sinne existiert in Südwestafrika nicht. Es sind ungefähr 2000 kleine Leute weißer Farbe da. Die meisten davon sind aber freie, selbständige Handwerker, denen es im allgemeinen gut geht. Die anderen sind vielfach angestellt bei den Minen als Aufseher oder sonst in gehobener Stellung und haben Gehälter, auf die die Arbeiterschutzbestimmungen der Heimat nicht angewendet sind. Im übrigen sind weder dem Gouvernement noch der Kolonialverwaltung Klagen in dieser Richtung zugegangen.

Dann die Schulfrage. Die Kinder müssen so erzogen werden, daß sie für das Land dort geeignet sind. Wir sollten nicht von hier aus Bestimmungen treffen, sondern es den Eltern dort überlassen, welche Wünsche sie haben. Eine Denkschrift über das Schulwesen will ich vorlegen. Dann die Konzessionsgesellschaften. Der Regierung ist vorgeworfen worden, daß sie in leichtsinniger Weise diese Konzessionen vergeben hat. Man muß sich aber doch daran erinnern, wie früher die Verhältnisse waren. Damals gab es noch keine Diamanten, und Südwestafrika galt als eine Sandwüste. Damals konnte die Regierung gar keine Leute bekommen, die überhaupt in diesem Lande Geschäfte machen wollten. Man wollte damals dem Kaiserlichen Kaiserhauptmann von Südwestafrika nicht einmal den Titel Gouverneur geben, weil der erste Titel für dieses Land genüge. Da können Sie sich die Stimmung der Regierung und auch der Gesellschaften denken. Nun hat sich herausgestellt, daß das Land mehr wert ist, als man dachte, und daß die Konzessionsgesellschaften nun wie ein Pflock im Fleische des Schutzgebietes sitzen. Man rät mir nun, mit den schärfsten Maßregeln gegen diese Gesellschaften vorzugehen. Andererseits erinnert man daran, daß die Regierung doch selbst diese Konzessionen, wenn auch fälschlicherweise, gegeben hat.

Ich werde den Mittelweg einschlagen, und wir werden prüfen, wie wir der Unbequemlichkeiten Herr werden, die uns die Gesellschaften mit ihrem ungeheuren Areal bereiten. Hier muß etwas geschehen. Die Budgetkommission legt nur zu dieser Frage einen Gesetzentwurf vor. Mit der Fassung bin ich im allgemeinen einverstanden, aber der Gesetzentwurf hat vielleicht eine Tragweite, die wir so schnell nicht übersehen können. Mir ist daher der konservative Antrag sympathisch, diesen Gesetzentwurf in der Form einer Resolution der Regierung zu übermitteln, die dann in der Lage ist, seine Tragweite genau zu prüfen. Dann kann sie eine Handhabe gegen die Konzessionsgesellschaften schaffen, falls diese sich verständigen im öffentlichen Interesse liegende Forderungen gegenüber widerstandsvoll verhalten sollten. Die Regelung der staatsanwaltschaftlichen Verhältnisse wird in die Wege geleitet. Die Beschwerde der Rechtsanwälte wird berücksichtigt werden. Ein Erlaß wird hinausgehen, wonach einer Beschwerde eine aufschiebende Kraft gegeben wird. Die Einführung des Rechtsweges in Verwaltungssachen erscheint auch uns notwendig. (Beifall.)

Abg. **Mumm** (Wirtsch. Vgg.):

Die Ansiedlung im Amboland ist bei der gegenwärtigen Situation für die Weißen durchaus nicht vorteilhaft und deshalb ist die Ausschließung des Ambolandes von der Besiedlung durch Weiße vollkommen berechtigt. Die Kritik an der Missionstätigkeit ist nicht sachlich. Die Missionen sind nicht die großen Landbesitzer, sondern die Konzessionsgesellschaften. Wenn der Staatssekretär gegen diese vorgeht, wird er die überwältigende Mehrheit des Reichstages für sich haben. Den Missionen ist so manches Gebiet geschenkt worden, weil es bei ihnen in guten Händen ist. Die Missionen stecken hunderttausende Mark in die Kolonien, und die einzelnen Missionare sind nur Festangestellte mit Gehältern, die durchweg kleiner sind als die der Beamten. Speziell in Südwest ist die Mission mit Erfolg tätig, die Buschleute seßhaft zu machen. Ich hoffe, daß der Abg. Roske den Vorwurf gegen die Missionare zurücknehmen werde, daß sie für ihr eigenes Interesse tätig sind. Die Worte des Abg. Roske haben seltsamerweise ein Echo in der „Kölnischen Zeitung" gefunden. Dort zeigt sich eine so niedrige Polemik gegen die Missionen, daß man das niedrigst hängen muß. Gott sei Dank sprechen die Herren Nationalliberalen hier in ganz anderem Tone als dieses Blatt. Hoffentlich werden die Nationalliberalen ein offenes Wort gegen diese Ausführungen finden.

Es ist des Reiches nicht würdig, daß es die eifrige Kulturarbeit nicht besser unterstützt. Insgesamt werden zur Unterstützung der Missionen nur 171 000 M. ausgegeben. Das sind noch nicht 3 Prozent dessen, was die Missionen für die Schutzgebiete ausgeben. Das sind alles freie Gaben. In Kassel gab mir bei einem Missionsfest ein Mann, den ich heute noch nicht kenne, 12 000 M. für die Missionen. In der „Kölnischen Zeitung" wird darauf verwiesen, daß angeblich in Holland und England der Einfluß der Missionen geringer sei als bei uns. Ich würde nur wünschen, daß bei uns die Kulturarbeit der Missionen ebenso unterstützt wird, wie das von England und Holland geschieht. Was hier die „tote Hand" genannt wird, das nennen wir die Hand des lebendigen Heilands.

Abg. **Dr. Paasche** (Natl.):

Die Haltung unserer Fraktion zu den Missionen ist nichtdeutsch mit der Stellungnahme des Artikels der „Kölnischen Zeitung". Dieser Artikel eines „alten Afrikaners" gibt sicher nicht die Meinung der Redaktion und erst recht nicht die der nationalliberalen Partei wieder. (Beifall rechts u. i. Ztr.) Unsere Pflicht ist es, auch für die Schwarzen einzutreten, und daran werden uns solche Artikel nicht hindern. Wenn man von der Kulturarbeit in den Kolonien spricht, dann muß man in erster Linie der aufopfernden segensreichen Tätigkeit der Missionen mit größter Dankbarkeit gedenken. (Lebh. Beifall rechts u. i. Ztr.) Unsere deutschen Missionare unterscheiden sich gerade dadurch vorteilhaft von den englischen, daß sie nicht Geschäfte machen wollen, sondern selbstlos der Kultur und den Eingeborenen dienen. Daß sie selbstlos arbeiten, das möchte ich im Gegensatz zu der „Kölnischen Zeitung" noch besonders hervorheben. (Beifall rechts u. i. Ztr.) Ich glaube, im Namen meiner politischen Freunde ausdrücklich erklären zu sollen, daß wir im Gegensatz zur „Kölnischen Zeitung" die Tätigkeit der Missionen voll anerkennen und wünschen, daß sie weiter geübt werden möge im Interesse der Kolonien und ihrer schwarzen Bevölkerung. (Beifall.) Der Interessen der Farmer und ihrer Wirtschaft haben wir uns immer mit größtem Wohlwollen angenommen. Die Herren haben keinen Grund, sich über uns zu beklagen.

Ein Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.

Abg. **Henke** (Soz.):

Die Garantien des Staatssekretärs für den Arbeiterschutz reichen nicht aus. Er sieht alles zu optimistisch an. Die Ambobahn soll nicht der Verbreitung von Kultur, sondern lediglich der Beschaffung von lohndrückenden Arbeitern dienen. Mit Gewalt sollen die Ambo ihrer selbständigen Kultur beraubt werden. Das ist der Zweck der Bahn. Dafür sind wir nicht zu haben.

Abg. **Hoch** (Soz.)

fordert nochmals eine Vertretung der Diamantenarbeiter in der Regie und wiederholt seine gestrigen Angriffe gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden — Regie.

Staatssekretär Dr. Solf:

Der springende Punkt ist der, daß dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Regie in der Oeffentlichkeit der Vorwurf gemacht wurde, daß er schmutzige unredliche Geschäfte gemacht habe mit Rücksicht auf den Abnehmer der Diamanten. Er soll mit Gundermanns unter einer Decke gesteckt haben und persönliche Interessen an den Einnahmen Gundermanns gehabt haben. Herr Hoch kennt das ganze Material ziemlich genau. Ich kann annehmen, daß er weiß, daß der Gegenstand der Behauptung Gegenstand einer Privatklage gewesen ist. Ich muß annehmen, daß er auch den Ausgang dieser Privatklage kennt. Das Urteil, ich will keine Namen nennen, ergibt, daß der Beleidiger erklärt hat, daß es ihm fern gelegen habe, den Vorwurf ehrenrühriger Handlungsweise zu erheben.

Soweit der Vorwurf herausgelesen werden könnte, nimmt er ihn mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und erklärt, daß er keine Unterlage dafür hat. (Hört! hört!) Weil ich wußte, daß diese Privatklage diesen Ausgang nehmen wird, und weil ich annehmen konnte, daß Herr Hoch von dieser Tatsache Kenntnis gehabt hat, deswegen habe ich mich gestern so hart ausgedrückt. Das ist der eigentliche Grund, weshalb ich gestern so aufgeregt war. Herr Hoch hätte das wissen müssen. (Beifall.)

Der Staatssekretär erklärte des weiteren, daß gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Regie, Herrn Fürstenberg, nichts Ehrenrühriges vorliegt. Er stehe rein und lauter als Kaufmann dar.

Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr: Etat-Notgesetz und Weiterberatung.

Schluß 7½ Uhr.

Deutsches Reich.

Regierung, Reichstag und Besoldungsvorlage. Die bürgerliche Einigung in der Besoldungsvorlage, die weit über den Rahmen der Regierungsvorschläge hinausgeht, wird, wie uns aus Bundesratskreisen mitgeteilt wird, im Bundesrate abgelehnt werden, falls das Plenum des Reichstags den Vorschlägen des Ausschusses beitritt. Unter den Verbündeten Regierungen hat man sich, wie wir weiter erfahren, auf dem Standpunkte geeinigt, jeden weiteren Eingriff in die Besoldungsordnung zurückzuweisen bis zum Jahre 1918, dem Zeitpunkte der Generalrevision der Besoldungsordnung. Man weist in Bundesratskreisen darauf hin, daß die Beschlüsse der bürgerlichen Parteien Gehaltserhöhungen für rund 150 000 preußische Beamte zur Folge haben würden, und daß der preußische Etat dadurch eine enorme Mehrbelastung zu tragen hätte, die nur im Wege neuer Steuern ausgeglichen werden könnte. Es ist ferner erwogen worden, daß das bürgerliche Kompromiß für eine ganze Reihe weiterer Reichsbeamtenklassen schon aus Billigkeitsgründen Gehaltserhöhungen im Gefolge haben müßte, so daß die Verbündeten Regierungen gezwungen wären, im nächsten Jahre neuerlich eine Besoldungsnovelle vorzulegen.

Die Osterferien des Abgeordnetenhauses. In einer Besprechung der Parteiführer des Abgeordnetenhauses mit dem Präsidenten wurde beschlossen, nach Beendigung der ersten Lesung des Grundteilungsgesetzes die erste Beratung der Kölner Eingemeindungsvorlage und dann bis zum Sonnabend kommender Woche die kleineren Etats zu erledigen. Die Osterferien beginnen am 28. März; am 21. April nimmt das Haus seine Tätigkeit wieder auf und berät zunächst das Eisenbahnanleihegesetz, für das ungefähr drei Tage in Aussicht genommen sind. Daran schließt sich die zweite Lesung des Kultusetats. Die Frage, wann das Landesverwaltungsgesetz und die Besoldungsordnung zur Beratung gestellt werden, ist einstweilen noch zurückgestellt.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags beendigte die Prüfung der Wahl des Abgeordneten v. Masow (k., 2. Königberg) und beschloß Beweiserhebungen.

Die Wohnungskommission des Abgeordnetenhauses setzte Mittwoch abend ihre Beratung bei Artikel 4 (Wohnungsaufsicht) § 1 Abs. 2 fort. Der Entwurf will Wohnungsämter für Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern schaffen. Der Städtetag hat bekanntlich Wohnungsämter schon für Städte von 50 000 Einwohnern gefordert. Ein dahingehender Antrag wurde indessen abgelehnt. Die §§ 2 bis 5 des Artikels 4 über die Wohnungsaufsicht, die die Rechte und Pflichten der Aufsichtsbeamten regeln, wurden nach der Vorlage angenommen. Schließlich wurde noch folgender Antrag angenommen: „Bei der Anwendung der Vorschriften der Wohnungsordnung und bei der Ausübung der Wohnungsaufsicht ist, soweit nicht ein überwiegendes Interesse der Gesundheit oder der Sittlichkeit entgegensteht, das Interesse des Denkmal- und Heimatschutzes zu berücksichtigen."

Am Donnerstag wurde der volksparteiliche Antrag, der 25 Mill. für Zwecke der Wohnungsreform zur Verfügung gestellt sehen wollte, abgelehnt. Damit war die erste Lesung des Wohnungsgesetzes beendet, die zweite findet erst nach den Ferien statt.

Die transatlantische Schiffahrtskonferenz. Der Schiffahrtskonferenz, die zurzeit in Berlin tagt, war es bisher nicht möglich, die divergierenden Interessen der verschiedenen Gesellschaften zu versöhnen. Es ergaben sich eine ganze Reihe neuer Punkte, in denen die Anschauungen weit auseinander gingen. Donnerstag befürchtete man bereits, daß die Verhandlungen zu einem plötzlichen Abbruch führen würden. Eventuell soll bis Sonnabend getagt werden, da jeder der Linien die kolossale Verantwortung fühlt, die ihr erwachsen würde, wenn durch die Schuld ihrer Vertreter die Konferenz in die Brüche gehen sollte.

Petroleum der Standard Oil Campany in Bayern verboten. Nach einem Erlaß der Regierung ist die Lieferung von Petroleum, das von der Standard Oil Company herrührt, für alle bayerischen Staatsbetriebe vollständig ausgeschlossen worden.

Die dritte Hauptversammlung des Deutschen Wehrvereins findet in diesem Jahre in Posen statt, und zwar tagt am 8. Mai der Ausschuß, am 9. Mai der Gesamtvorstand, während die eigentliche Hauptversammlung auf Sonntag, den 10. Mai in Posen festgelegt ist.

Parteinachrichten.

Eine eigenartige Sammlungspolitik betreibt der Landesverein der rechtsstehenden Parteien in Sachsen-Weimar. Andauernd bläst er zur Einigung, andauernd aber wird in seinen Versammlungen auf die Fortschrittler und Nationalliberalen losgeschlagen. Auch in einer Ilmenauer Versammlung hat der Vorsitzende der Ortsgruppe der rechtsstehenden Parteien zur Sammlung aller rechtsstehenden Wähler aufgefordert und dabei wörtlich gesagt: „denn links droht die öde Revolution (!), die sich ohne Maske Sozialdemokratie und mit Maske Freisinn nennt." (!!) Ferner hat ihr Parteisekretär sich den Ausspruch des altnationalliberalen Abg. Dr. Boettger zu eigen gemacht, den er allerdings dahin verdrehte, daß die Fortschrittliche Volkspartei von sechs galizischen Juden geleitet werde. Die Reaktionäre gehen also bereits mit diesem Ausspruch, dessen Tendenz Dr. Boettger ableugnet, krebsen. Man sieht, daß die „Sammlung" der Rechtsparteien überall in gleicher Weise betrieben wird. Wie in Preußen, so auch im Großherzogtum Sachsen-Weimar wollen sie die Sammlung der Wähler für ihre Interessen, während sie gleichzeitig die Liberalen angreifen und verleumden.

Ausland.

Der Rochetteausschuß.

Die zur Prüfung des Vorschlages der Kammer, dem Rochetteausschuß richterliche Befugnisse zu erteilen, eingesetzte Senatskommission wählte Ribot zum Vorsitzenden. Der Justizminister erklärte sich damit einverstanden, daß die Befugnisse der Kommission darauf beschränkt sein sollen, daß die Kommission berechtigt ist, Zeugen zum Erscheinen zu zwingen und falsche Zeugenaussagen zu bestrafen.

Die Demission des Giolitti-Kabinetts angenommen.

Der König von Italien hat in einem Erlaß die Demission des Kabinetts Giolitti angenommen und Salandra mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt.

Das Frauenstimmrecht in Washington abgelehnt.

Der Senat hat Donnerstag ein Amendement zur Verfassungsurkunde, den Frauen das Stimmrecht zu gewähren, abgelehnt. Es stimmten 35 Abgeordnete für und 34 gegen das Amendement. Zur Annahme wäre aber eine Zweidrittelmehrheit nötig.

Der „König" der Ulster-Rebellen. Sir Edward Carson ist Freitag vormittag in Ulster eingetroffen. Die Menge bereitete ihm eine Ovation. Hundert Freiwillige Ulsters bildeten eine Ehrengarde. Der Abgeordnete Craig und General Richardson, der die Freiwilligen Ulsters befehligt, begaben sich an Bord des Dampfers, auf dem Carson eingetroffen war, um ihn willkommen zu heißen. Als Salut wurden Revolverschüsse abgefeuert. Unter enthusiastischen Kundgebungen der Volksmenge bestieg Carson ein Automobil und begab sich, von Freiwilligen begleitet, nach dem Hause des Abgeordneten Craig. Carson erklärte, die Militärbehörden in Süd-Irland hätten Weisung erhalten, die Garnison in Ulster unverzüglich zu verstärken.

Der neue französische Marineminister. Als Nachfolger des zurückgetretenen Ministers Monis ist der radikale Senator Gauthier zum Marineminister ernannt worden.

Das Leichenbegängnis Calmettes. Das Begräbnis des an den Folgen des Attentats der Frau Caillaux verstorbenen Direktors des „Figaro" Calmette verlief bisher ohne Störungen. Die persönliche Anteilnahme der Pariser Bevölkerung war ungewöhnlich stark.

Annahme des französischen Einkommensteuergesetzes. Der französische Senat setzte am Donnerstag die Beratung über das Einkommensteuergesetz fort. Ein Zusatzantrag, durch den der Titel 3 der Vorlage, der die allgemeine Einkommensteuer betrifft, abgetrennt wird, wurde angenommen, ebenso ein zweiter Zusatzantrag, durch den der Titel 2 des Gesetzes vom 1. Juli an in Kraft treten soll. Mit einigen geringfügigen Abänderungen wurde sodann das Gesetz durch Handaufheben im ganzen angenommen.

Demonstrationen vor dem deutschen Konsulat in Warschau. Donnerstag abend um 7½ Uhr versammelten sich etwa 120 polnische Studenten von der Warschauer Universität, dem Polytechnikum und der Tierarzneischule vor der in der Jasnastraße 11 gelegenen Wohnung des deutschen Generalkonsuls Freiherrn v. Brück, um zu demonstrieren. Sie bewarfen das Haus mit Steinen und zertrümmerten mehrere Fensterscheiben. Dann zogen sie mehrere Flaschen Tinte aus ihren Taschen und bespritzten damit die Hausfront. Während dieses Unfugs schrien sie: „Weg mit den Hakatisten!" und entfalteten Fahnen mit Inschriften polnischer Sprache wie: „Weg mit den Hakatisten!" oder „Weg mit den Quälern polnischer Kinder!" Das Konsulat wurde sofort von der Polizei umzingelt. Im Hause erschienen alsbald der Polizeimeister Meyer und sein Gehilfe Balkk. Die Polizei verhaftete drei Studenten und brachte sie nach dem Polizeibureau des ersten Bezirks. Hier fanden sich sogleich fünfzig weitere Studenten ein, um sich mit den Verhafteten solidarisch zu erklären.

Skutari — Haupt und Residenzstadt von Albanien. Wie verlautet, ist es bereits als feststehende Tatsache zu betrachten, daß Fürst Wilhelm Skutari zur endgültigen Haupt- und Residenzstadt Albaniens erheben wird.

Griechenlands Flottenerweiterung. Zu Athen erklärte in der letzten Sitzung der Kammer der Marineminister, die Regierung habe das Schiffsbauprogramm den Bedürfnissen und Mitteln des vergrößerten Griechenlands entsprechend genehmigt. Die Flotte würde um drei Panzerschiffe, drei Panzerkreuzer und eine entsprechende Zahl kleinerer Einheiten vermehrt werden. Die Regierung sei fest entschlossen, die errungene Oberherrschaft zur See zu jeder Zeit zu sichern. Die Ausführungen des Ministers wurden vom Hause und der Tribünen mit begeistertem Beifall aufgenommen.

General und sozialistischer Journalist. Wie jetzt bekannt wird, ist der bulgarische General Jitschew Mitarbeiter an der sozialdemokratischen Zeitung „Kambana" in Sofia. Er muß sich infolgedessen heftige Angriffe seitens des ministeriellen Organs gefallen lassen. Dieses fordert, daß der General unverzüglich aus der Liste der bulgarischen Offiziere gestrichen werde, und erklärt, die Tatsache, daß ein bulgarischer Offizier an einem sozialistischen Blatte mitarbeite, bedeute ein Attentat gegen die Würde der bulgarischen Armee und der Krone.

Drohender Aufstand in Dahomé. Reisende, die in Bordeaux aus der französischen Kolonie Dahomé eingetroffen sind, berichten, daß die Lage in der Kolonie infolge der schlechten Eingeborenenpolitik sehr bedrohlich ist. Man befürchtet Unruhen, vielleicht sogar einen Eingeborenenaufstand, der um so bedenklicher wäre, als die Dahomé als ein kriegerischer Stamm bekannt sind.

Die Ehe des Herzogs von Soedermanland geschieden. Im Stockholmer Staatsrat wurden die Scheidungsgesuche bezüglich der Ehe des Herzogs und der Herzogin von Soedermanland, die vom Hofkonsistorium genehmigt worden waren, verhandelt. Es wurde beschlossen, die genannten Gesuche zu genehmigen und die Ehe für geldt zu erklären.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140321017/fragment/page=0003

Provinzial-Nachrichten.

× **Diemitz**, 20. März. (Bei der Gemeindevertreter-wahl) wurde in der 1. Abteilung Fabrikbesitzer Harry Spatz durch die alleinige Stimme der Kgl. Eisenbahn gewählt. In der 2. Abteilung erhielt Maurermeister Karl 20 Stimmen, Fabrikbesitzer Berner 21 Stimmen. In der 3. Abteilung der Tapezierer Karl Mehl eine Stimme, der Bahnarbeiter Louis Meyer 46 und der Möbelfabrikant Paul Köte 219 Stimmen.

lb. **Delitzsch**, 20. März. (Kupferdrahtdiebstahl.) In der Nacht zum Donnerstag wurden von der Neubaustrecke Benndorf-Werben der Ueberlandzentrale ca. 200 Meter Kupferdraht gestohlen. Die Diebe sind unbekannt.

Mücheln, 20. März. (Bahnbau.) Nachdem das Projekt Laucha-Mücheln durch die Regierung endgültig abgelehnt ist, soll jetzt von Interessenten ein neues gefördert werden. Von Naumburg aus wird die Erbauung einer Privatbahn über Kleinjena, Großjena, Dobichau, Markröhlitz nach Roßbach-Mücheln erwogen. Die Vorarbeiten sind schon im Gange.

✱ **Lebendorf**, 20. März. (Flurschutz.) Auch in diesem Jahr haben die Ortschaften Lebendorf, Bebitz, Trebitz die Beaufsichtigung der Felder dem Wach- und Schließ-Institut für Eisleben und Umgegend (G. m. b. H.) übertragen, da sich die Einrichtung im Vorjahre gut bewährt hat.

Schernberg, 20. März. (Eiserne Hochzeit.) Das Hollenbachsche Ehepaar konnte gestern das seltene Fest der Eisernen Hochzeit begehen. Beide Jubilare erfreuen sich körperlich und auch geistig noch einer vollen Frische. Namens des Fürsten, sowie der Gemeinde wurden den Jubilaren ansehnliche Geschenke überreicht.

Helfta, 20. März. (Erdstoß.) Gestern abend 11 Uhr 20 Minuten wurde hier ein besonders starker Erdstoß verspürt. Gleiche Meldungen kommen aus der Eisleberner und Bischofröder Gegend.

Magdeburg, 18. März. (Probefahrt mit dem neuen D-Zugwagen.) Der Personenwagenausschuß der preußischen Staatsbahn unternahm gestern vormittag eine Versuchsfahrt von Potsdam nach Halberstadt. Der Zug bestand aus sechs D-Zugwagen und einem Packwagen, die mit den neuen technischen Einrichtungen ausgestattet waren. An der Fahrt nahmen der Vorsitzende des Ausschusses Geh.-Rat Herr, der Geh. Baurat Schuhmacher und die Regierungsräte Bußmann und Wendler teil. Die Fahrt ging über Magdeburg. Die Rückkehr nach Potsdam erfolgte am Nachmittag. Die Probefahrt hatte den Zweck, die Neuerungen am D-Zugwagen auf ihre praktische Verwendbarkeit zu prüfen.

Thale a. H., 20. März. (Der Provinzialausschuß für Innere Mission) macht in diesem Jahre zum ersten Male den Versuch, die verschiedenen Verzweigungen seiner Tätigkeit in einer Arbeitswoche zu vereinigen. Sie findet vom 8. bis 11. Juni hier statt unter Beteiligung der Blaukreuzvereine, des Jugendbats, der Jünglings- und Jungfrauenvereine, der Arbeitsgemeinschaft für Kindergottesdienste, des Erziehungsvereins, des Sittlichkeits- und des Herbergsverbandes.

Benneckenstein, 20. März. (Plünderung der Opferstöcke.) Seit ca. einem Jahre brachten die in hiesiger Kirche aufgestellten Opferstöcke auffallend geringe Beträge. Jetzt ist es endlich gelungen, den Dieb in der Person der 16jährigen Frida K. zu ermitteln. Ihre Eltern versehen das Amt des Glockenläutens und dadurch hatte sie unauffälligen Zutritt zu der Kirche; sie nahm die in der Sakristei verwahrten Schlüssel zu den Sammelbüchsen und entnahm bis auf einige Pfennige die vorgefundenen Beträge. Für das gestohlene Geld hat sich die Diebin Rodelmütze, Spazierstock und dergl. gekauft.

Elsterwerda, 20. März. (Trübe Erfahrungen) machte der Viehhändler Johann Fähle aus Röderau, der sich mit seinem Fuhrwerk auf der Fahrt zum Schweinemarkt nach hier befand. In Grödits gesellte sich ein Mann zu ihm, der ihn bat, mitfahren zu dürfen, was ihm auch gestattet wurde. Fähle schlief unterwegs auf dem Wagen ein. Als er aufwachte, fand er sich mit seinem Fuhrwerk beim letzten Hause in Kotzschke wieder, also weitab von der Elsterwerdaer Straße. Der Mitfahrende war verschwunden und mit ihm eine Ledertasche mit 326 Mark in Gold, Scheinen und Silbergeld, die Fähle in der Brusttasche seines Jaketts trug.

✧ **Gera**, 20. März. (Bau eines Regierungsgebäudes.) Die Fürstliche Regierung hat in der Nähe des Hauptbahnhofes Gelände zum Bau eines Regierungsgebäudes für etwa ¼ Million Mark erworben. Der Bau soll sobald als möglich beginnen und dürfte etwa 1 600 000 bis 2 Millionen Mark erfordern.

Apolda, 20. März. (Zwischenfall bei einer Beerdigung.) Ein peinlicher Zwischenfall ereignete sich hier bei einer Beerdigung. Unter den Leidtragenden war das Gerücht verbreitet, der zu Beerdigende sei nicht tot. Der Sarg wurde deshalb auf dem Friedhofe geöffnet. Ein sofort herbeigerufener Amtsarzt stellte jedoch den Tod fest. Danach erst wurde der Tote beigesetzt.

Neustadt (Orla), 16. März. (Diese Fremdwörter!) Ein heiteres Vorkommnis hat sich vor kurzem hier ereignet. In die Apotheke kommt eine biedere Bauersfrau mit schmerzlichen Mienen. Ach, Herr Apotheker, gem'n Se mir was einzereim'n, ech hab' solche Schmerzen! Nun, dann nehmen wir Onobeldoc oder Expeller. Das es eenerle, wenn's nur hölft, sagt die Frau. Nachdem sie das Glas erhalten, sieht sie zweifelnd die Aufschrift an und fragt naiv: Werd'n das aber och helfe? Do stieht ju Pain-Expeller drauf; ech hob's ju aber su stehre en Arme.

Gotha, 19. März. (Abschaffung des Kantortitels.) Der Gothaische Landeslehrerverein reichte vor einiger Zeit eine Denkschrift an die Herzogl. Staatsregierung ein, in der u. a. auch der Wunsch zum Ausdruck gebracht wird, daß der Kantortitel hinfort nicht mehr verliehen werden möge, da die Lehrerschaft in ihm keine Ehrung erblicken könne. Die Regierung scheint die Abschaffung dieses Titels ernstlich zu erwägen. Zuvor sucht sie sich aber zu vergewissern, ob die Denkschrift auch wirklich in der Kantorfrage die Stellung der Gesamtlehrerschaft zum Ausdruck bringt.

)(**Saalfeld**, 19. März. (Ueber die Probefahrt des benzol-elektrischen Triebwagens), der am Dienstag die Strecke Erfurt-Saalfeld-Probstzella-Gräfenthal befuhr, wird gemeldet, daß sich der mit einem Anhänger belastete Wagen gut bewährt hat. Die Steigungen wurden mit Leichtigkeit überwunden, von Station zu Station wurden nur 4 Minuten gebraucht, während die Personenzüge 7—8 Minuten Fahrzeit haben. Es sind stellenweise Geschwindigkeiten bis zu 70 Km. erreicht worden. Im Bezirk der Eisenbahndirektion Erfurt werden voraussichtlich noch in diesem Jahre eine Anzahl dieser Triebwagen in den Verkehr gesetzt.

Triebes, 19. März. (Gewarnt) wird vor einem angeblich taubstummen Hausierer mit Schürzen, Halbleinen und dergl. Dieser Händler hatte hier, um beim Publikum Mitleid zu erregen, eine kleine Schiefertafel umhängen, worauf der Vermerk stand, daß er taubstumm sei. Dem Wachtmeister aus Hohenleuben ist es jedoch gelungen, ihm die Sprache und das Gehör wiederzugeben.

Meiningen, 19. März. (Lieferungen für das Heer.) Der Handwerkskammer für Sachsen-Mein. ist vom Bekleidungsamt zu Kassel mitgeteilt worden, daß von ihm die meiningischen Schneider-Innungen auf Jahre hinaus beschäftigt werden können und sie sich vorerst nicht bei Vergebung anderer Bekleidungsämter, wie Königsberg, Kaiserliche Post usw. zu bewerben brauchten.

Meiningen, 19. März. (Mangel an Geistlichen.) Mehrere Pfarrstellen der Landeskirche sind unbesetzt, teils wegen Todesfalls, teils wegen Weggangs des bisherigen Stelleninhabers: u. a. die Superintendentur in Saalfeld, das Archidiakonat in Meiningen, die Pfarrstellen in Ummerstadt, Stepfershausen, Großkochberg und das Diakonat in Graba. Die Zahl der diesjährigen Abiturienten, die sich dem Studium der Theologie widmen, scheint gering zu sein und es sind wohl keine Aussichten vorhanden, daß sämtliche Stellen besetzt werden können, es müßte denn sein, daß die fehlenden Kräfte durch auswärtige ersetzt werden.

✱

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Der Privatdozent für Staats- und Verwaltungsrecht an der Berliner Universität, Landesassessor Dr. Karl Kormann, hat einen Ruf als Extraordinarius nach Leipzig erhalten. — Der Privatdozent für Chemie, Dr. Fritz Weigert, an der Universität Berlin, hat einen Ruf als a. o. Professor an die Universität Leipzig erhalten. — Für das Fach der Geburtshilfe und Gynäkologie habilitierte sich in der Kieler medizinischen Fakultät Dr. med. Georg Linzermeier, Assistenzarzt an der Frauenklinik, auf Grund einer Schrift: „Der Verschluß des Ductus Botalli nach der Geburt". In der Probevorlesung sprach er über „Der heutige Stand der Corpus-luteum-Forschung". — Der Vertreter der Kinderheilkunde an der Prager deutschen Universität, Professor Dr. med. Friedrich Ganghofner, Direktor des Kaiser-Franz-Josef-Kinderhospitals, beging am 20. März seinen 70. Geburtstag. Er ist ordentliches Mitglied des Landessanitätsrates in Böhmen.

Ein neues Gemälde von Leonardo da Vinci entdeckt. Wie der „Matin" aus Angoulême erfährt, befindet sich im Besitz eines einfachen Weinhändlers namens Baudry ein Gemälde, das, wie man annimmt, von Leonard da Vinci stammt. Das Bild befindet sich in einem sehr guten Zustande; es stellt eine sitzende Frau dar, deren Gesicht merkwürdigerweise an das Lächeln der Mona Lisa erinnert.

✱

Gerichtsverhandlungen.

Drei Monate Gefängnis für einen Soldatenveiniger. Das Erfurter Kriegsgericht verurteilte den Unteroffizier Otto Hirsch vom 96. Infanterie-Regiment wegen fortgesetzter schwerer Soldatenmißhandlung zu drei Monaten Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Mißhandlung eines Rechtsanwalts. Die Strafkammer in Stendal verurteilte den Bauunternehmer Waldemar Giemsch aus Tangermünde, der nach einer Kaiser-Geburtstagsfeier am 28. Januar in Tangermünde den dortigen Rechtsanwalt Walther auf der Landstraße überfallen und mißhandelt hatte, wegen Körperverletzung zur drei Monaten Gefängnis.

✱

Vermischtes.

Die Schiffskatastrophe bei Venedig.

Einzelheiten der Katastrophe.

Venedig, 20. März.

Die Blätter bringen zahlreiche Einzelheiten über die gestrige Katastrophe, bei der sich ebenso heroische wie ergreifende Vorgänge abspielten. Einzelne Matrosen retteten mehrere Unglückliche nacheinander. Ein Boot des Kreuzers „Ferruccio" nahm eine junge Französin auf, die unter herzzerreißenden Schreien und wahnsinnigem Lachen nach ihren beiden ertrunkenen Kindern rief. An Bord der „Hohenzollern" brachte man einen jungen Ungar, der seine Frau verloren hatte; sie befanden sich seit vier Tagen auf der Hochzeitsreise. Der Schiffsleutnant Cessi, der ins Wasser gesprungen war, um eine junge Frau zu retten, wurde von einer ganzen Schar Unglücklicher umringt, die sich verzweifelt um ihn klammerten und mit sich in die Tiefe rissen. Die Deutschen Karl Woltz und Gustav Neumann sowie Emil Prochi aus Budapest schwammen einer Schaluppe entgegen und wurden von dieser aufgenommen.

Weitere Toten.

Unter den bis jetzt identifizierten Toten des Venediger Schiffsunglücks befinden sich weiter noch folgende Namen: der russische Vizekonsul Dr. v. Martschinsky, wohnhaft Breslau, der russische Konsul Protapow in Venedig, zwei sehr reiche Engländerinnen namens Dake, Mutter und Tochter aus London, zurzeit Hotel Bristol; Kapitän Amedo Padovan vom untergegangenen Baparetto ist ertrunken, **Kapitän Erminio Paganini vom Torpedoboote 56 ist verhaftet.**

Die mysteriöse Entführungsgeschichte.

München, 20. März.

Die romantische Entführungsgeschichte, in die der bayerische Landtagsabgeordnete Abresch und die Tochter des Mannheimer Rechtsanwalts v. Harder verwickelt sind, hat jetzt ihre vorläufige Aufklärung gefunden. Der Landtagsabgeordnete, Weingutsbesitzer und Bergwerksdirektor Abresch, der vor einiger Zeit in dem Prozeß eines Berliner Rechtsanwalts eine Rolle spielte, gibt heute in den „Münchener Neuesten Nachrichten" folgende Erklärung ab: „Ich stehe seit dem Jahre 1890 mit der Familie v. Harder in Geschäftsverbindung. Herr v. Harder, der früher ein reicher Mann war, stand schließlich mit einigen Millionen in meiner Schuld. Ich übernahm von Herrn v. Harder einen großen argentinischen Besitz, der damals verhältnismäßig wertlos war, jetzt aber einen außerordentlichen Wert repräsentiert. Im Hinblick auf diese Wertsteigerung ersuchte mich nun Herr v. Harder, ihm doch aus seinem argentinischen Besitz einen Anteil zu überlassen. Ich habe mich dazu bereit erklärt, wenn der bereits früher anerkannte Schuldbetrag an mich nicht weiter angezweifelt, und wenn die Abtretung eines Anteils an dem argentinischen Besitz als völlig freiwillig betrachtet werde. Zu gleicher Zeit mit dieser Angelegenheit schweben seit zwei Jahren die Verhandlungen über die Lösung sämtlicher Harder-Abreschschen Angelegenheiten. Fräulein Ilse v. Harder, die mit ihrer Gesellschafterin viel auf Reisen und sehr geschäftsgewandt ist und ihre Angelegenheiten selbst zu vertreten pflegt, war mit ihrem Vermögen an der Transaktion beteiligt. Sie befindet sich zurzeit in Neustadt als Gast meiner Schwester. Sie hat sofort, als sie Kenntnis von den Inseraten ihres Onkels erhielt, durch ihren Rechtsanwalt in Mannheim eine Gegenerklärung abgeben lassen. Herr Alexander v. Harder, der, da er sein früheres großes Vermögen verloren hat, von mir bisher immer die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt bekam, betreibt die Lösung der geschäftlichen Fragen mit begreiflicher Eile."

Aufdeckung eines Brudermordes. In einem Gehölz in der Nähe von Fuentes, einem Flecken in der Provinz Cuenca (Spanien), wurde das Skelett eines Erhängten aufgefunden. Die Nachforschungen haben jetzt ergeben, daß der Tote ein Bürger des Ortes war, der mit seiner Familie in Uneinigkeit lebte. Im vorigen Jahre hatte er eine größere Summe geerbt, worauf sein Vater und seine beiden Brüder beschlossen, ihn verschwinden zu lassen, um sich in den Besitz der Erbschaft zu setzen. Sie luden ihn zu einem Versöhnungsessen zu sich ein und mischten ihm Gift in die Speisen. Nach zweistündigem Todeskampfe starb der Unglückliche. Der Vater und die Brüder schafften die Leiche fort und knüpften sie an einem Baum auf, um einen Selbstmord vorzutäuschen. Die Mörder wurden jetzt verhaftet und haben ihre Tat bereits eingestanden.

Schwere Unfälle auf der Bühne. In Wiesbaden verunglückte Hofopernsänger Schütz vom Hoftheater während des Zwischenaktes des „Parsifal" auf der dunklen Bühne. Die Arbeiter zogen einen Podest, auf dem Schütz stand, zu früh unter diesem fort, so daß der Künstler zusammen mit einem Bühnenarbeiter zwei Meter tief hinabstürzte und sich innerliche Verletzungen zuzog. Er liegt mit großen Schmerzen danieder, doch ist sein Zustand nicht besorgniserregend. — In St. Louis hat sich, wie von dort gemeldet wird, Anna Pawlowa infolge Ausgleitens beim Tanz auf der Bühne den Knöchel des rechten Fußes gebrochen.

Ein neuer Hochofen für Gußstahl. Aus Sharon (Pennsylvanien) wird gemeldet, daß die Carnegie Steel Company mit einem neuen Hochofen zur Herstellung von Stahlguß erfolgreiche Versuche angestellt hat. Nicht nur war die Qualität des aus dem neuen Ofen gewonnenen Gußstahls besser als alle bisherigen derartigen Produkte, es wurde auch viel weniger Zeit zu seiner Herstellung gebraucht. Die Gesellschaft hat nun die Absicht, noch mehr solcher Hochöfen zu bauen. Die Sachverständigen glauben, daß das neue Verfahren eine Umwälzung auf dem Gebiete der Stahlproduktion bedeuten werde.

✱

Letzte Depeschen.

Zum Scheiden des Statthalters.

Straßburg, (Elsaß), 20. März

Eine Abordnung der Kaiser-Wilhelm-Universität unter der Führung des Rektors Sartorius, Frhr. v. Waltershausen, hat dem Statthalter aus Anlaß seines Scheidens eine Adresse überreicht, die den Dank der Universität für das stets rege, unaufhörliche und weitgehendste Wohlwollen, das der Statthalter für sie hegte, aussprach.

Das rumänische Prinzenpaar in Berlin.

Berlin, 20. März

Prinz und Prinzessin von Rumänien sind heute nachmittag in Berlin eingetroffen. Sie wurden am Bahnhofe vom Kaiser und der Kronprinzessin empfangen und in das königliche Schloß geleitet.

Maßnahmen bei Beleidigung von Militärpersonen im Elsaß.

Straßburg, (Elsaß), 20. März.

Heute wurden mehrere Personen wegen Beleidigung von Militärpersonen zu Gefängnis und Geldstrafe verurteilt. Die gerichtliche Erledigung dieser Fälle ist auf eine vom Staatssekretär den Polizeibehörden und der Staatsanwaltschaft erteilte Anweisung, derartige Anschuldigungen ungesäumt und mit aller Energie zu verfolgen, zurückzuführen. Mit der Militärbehörde werden Vorkehrungen getroffen, daß solche Zwischenfälle erst nach Durchführung der beschrittenen gerichtlichen Verfahren zur Kenntnis der Presse gebracht werden, um unrichtiger Berichterstattung vorzubeugen.

Das Leichenbegängnis Calmettes.

Paris, 20. März.

Das Leichenbegängnis Calmettes hat am Mittag unter zahlreicher Beteiligung aus Kreisen der Literaten, Kunst und Politik stattgefunden. Unter den zahlreichen Kränzen tragen einige Schleifen mit Inschriften, die Calmettes Mut und Patriotismus rühmen. Der Gottesdienst fand in der Kirche Saint François de Sales, die Beerdigung auf dem Friedhof von Batignolles statt. Eine große Volksmenge begrüßte den Trauerzug unterwegs.

Das Wrack ist gehoben.

Venedig, 19. März.

Das gesunkene Schiff konnte bis an die Wasseroberfläche gehoben werden. Zwei weitere Leichen wurden geborgen, ihre Identität ist noch nicht festgestellt. Das Schiff liegt schräg und ist voll Schlamm. Man versucht, das Schiff in den Außenhafen zu schleppen, wo die letzten Nachforschungen nach Leichen veranstaltet werden können.

Der „weiße Wolf" dringt weiter vor.

Sianfu (Prov. Shensi), 20. März.

Räuberbanden des Weißen Wolf drangen in die Provinz Shensi ein, nachdem sie Kinkekwang in Honan geplündert hatten. Es ist bekannt, daß sich frühere Revolutionsführer aus Shensi beim Weißen Wolf befinden. In Sianfu herrscht Ruhe.

Falsche Gerüchte vom Schiffsunglück am Lido. Aus Venedig, 20. März, wird gemeldet: Das Gerücht, daß bei dem Schiffsunglück im hiesigen Hafen auch vier deutsche Matrosen von der Kaiserjacht „Hohenzollern" ertrunken seien, ist unzutreffend.

✱

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Ilmenau,
Freitag, 20. März, 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Das westliche Tief hat vom Ozean Verstärkung erhalten, es wird von der Kanalmündung nach Osten vorbringen und an Einfluß weiter zunehmen.

Witterungsaussicht für den 21. März:

Trübe mit Niederschlägen, ziemlich mild, lebhafter wechselnder Wind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140321017/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 205,50, Diskonto 197,12, Deutsche Bank 259,25, Türkenlose 168,50, Lombarden 21,87, Kanada 210,62, Laurahütte 155,37, Bochumer Guss 224,62, Gelsenkirchen 193,50, Harpener 184, Deutsch-Luxemburg 134, Phönix 239,37, A. E.-G. 247,62, Hamburger Paketfahrt 141,87, Nordd. Lloyd 124,12, Hansa 288,75. Tendenz: Fester.

Am Kassamarkt notierten höher: Kostheim Zellulose 2,25, Aluminium-Ind.-Ges. 2,25, Freund Maschinen 3, Hein, Lehmann 3, Luckau & Steffen 3, Rhein. Metall Vorzugsaktien 3, Lüneburger Wachsbleiche 2, Rauchwaren Walter 5, Rhein. Spiegelglas 6,50, Gebr. Krüger 2, Schalker Glas 13,25, Rottweil Pulver 2,25, „Mark" Zement 2,75, Akkumulatorenfabrik 2, Hackethal Kabel 2,50, Lindener Weberei 4,25, Ver. Glanzstoff-Fabrik 7,75, Badische Anilin 3, Rothe Erde 3, Hubertus Braunkohlen 2, Eintracht 18, Schulz Knaudt 4,40, Stahlwerk Lindenberg 2,75, Hilpert 2,50, Flöha 2,75; niedriger: Julius Berger 2,75, Deutsche Schachtbau-Ges. 2,50, Riebeck Brauerei 3, Bruchsal Maschinen 4, Kronprinz Metall 3,25, Neptun Schiffswerft 3, Westeregeln 3, Deutsche Waffenfabrik 3,25, Girmes & Co. 3,25, Anilinfabrik Treptow 2, Nitritfabrik 2, Thale St.-Pr. 3, Hösch 6,75, Adlerhütte Glas 3, Wissener Metall 2,25, Bochumer Bergwerk 2,50, Exzelsior Fahrrad 2, Lahmeyer 3,50, Saxonia Zement 2, Geisweider Eisen 2, Naphtha 5,25, Ilse Bergbau 5.

Zum Kurszettel. Berlin, 20 März. 4% Badische Staats-Anleihe 08/00 unk. 18 96,70 B. 4% Bayrische Staats-Anl. 97,50 B. 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 97,20 B. 4% Schwarzburg-Sondershausen — — 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 —. —. 4% Kamerunor Eisenbahn-Anleihe — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldversehr. gar. 90,75ctbG. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 96,75 G. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 16 94,80 G. 3½% Dresdner Stadt-Anleihe 1899 — —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 96,10 G. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — —. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unk. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1918 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1900, 06, 08 96,25 G. 4 proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 97,10 G. 3½% Ostserreichische Nordwestbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke — —. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 101,70 B. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 00, 03 97,50 G. Vereinigte Lausitzer Glashütten 385,00bG.

Londoner Börse vom 20. März. Es notierten: Engl. Konsols 74,75. Rio Tinto 70,10, Geduld 1,21, Goldfields 2 3/16, Steel com 6,50, Steel preis. —, Rand Mines 5,65, Anaconda 7,50, Eastrand 1,12, Chartered 0,90, Aurora West 0,43, Cinderella Cons. 0,28, Johannesburg Goldfields 0,12, Van Ryn 3,28, Albus (Generals) 0,53, Rand Collieries 0,14, West Rand Consols 8/0, General Mining & Fin 3/16, A. Görz & Co. 5/16, Modderfontein 11,93.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 20. März.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Alexandershall	10800	11300	Johannashall	3700	3900
Bergmannssegen	7000	7400	Justus-Aktien	92 0/0	94 0/0
Burbach	12400	12800	Kaiseroda	7000	7250
Buttlar	650	750	Krügershall	118 7/0	121 0/0
Carlshund	5500	5700	Marieglück	1500	1600
Carlsglück	1300	1375	Max	4150	4300
Fallersleben	1550	1625	Neusollstedt	3200	3350
Felsenfest	3150	3300	Neustassfurt	12500	12750
Glückauf	19000	19600	Reichenhall	1725	1825
Günthershall	5100	5250	Ransbach	2500	2600
Hansa-Silberberg	5600	5800	Ronnenberg	94 0/0	96 0/0
Hedwig	1725	1825	Rothenberg	2500	2600
Heiligenmühle	825	900	Salzdetfurth	348 0/0	352 0/0
Heiligenroda	10900	11300	Salzmünde	3800	3900
Heldburg	39 0/0	40 1/2	Teutonia	63 0/0	65 0/0
Heidrungen	1200	1275	Thüringen	3650	3725
Herta-Neurungen	2450	2550	Walter	1500	1600
Hohenfels	5450	5700	Wendland	900	975
Hohenzollern	7150	7350	Wilhelmshall	9300	9500
Hugo	9100	9400	Wintershall	19500	20000
Hüpstedt	2700	2850			

Hallischer Bankverein Kulisch, Kaempf & Co., Komm.-Ges. auf Aktien in Halle.

Die Generalversammlung fand gestern nachmittag in „Stadt Hamburg" statt. Es hatten sich dazu 104 Aktionäre, die ein Kapital von 3 688 800 Mk. vertraten, eingefunden. Herr Geh. Kommerzienrat Riedel leitete die Verhandlungen. Die Dividende wurde auf 9 Proz. festgesetzt und einstimmig Entlastung erteilt.

In Anbetracht der Tatsache, dass der Umfang des Geschäftes stark gestiegen ist und gegenwärtig 1½ Milliarden Mark beträgt, und mit Rücksicht auf die Filialen in Weissenfels und in Gera, die sich beide recht befriedigend entwickelt haben, beantragte der Aufsichtsrat, zur glatten Erledigung der Revisionen die Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrates von 9 auf 12 zu erhöhen. Widerspruchslos wurden neugewählt die Herren Kaufmann Pfaffe in Halle, Landesökonomierat Dr. Rabe in Halle und Kommerzienrat Nolle in Weissenfels.

Schwarzburgische Landesbank in Sondershausen. Nach dem Geschäftsbericht für 1913 wurde ein Gewinn von 35 311 (180 321) Mark erzielt, wozu noch 80 068 (81 272) Mk. Vortrag kommen. Die Dividende wird mit 5 (8) Proz. vorgeschlagen, neu vorgetragen werden 46 647 Mk. Der Gesamtumsatz hat sich von 350 104 574 Mk. auf 340 690 866 Mk. ermässigt. Wie die Verwaltung im Bericht ausführt, hätte das Institut einen Gewinn von 215 311 Mk. ausweisen können, wenn nicht von dem Vorsteher der Filiale Saalfeld, Kramann, Veruntreuungen im Betrage von 546 167 Mk. verübt worden wären. Kramann hat die unterschlagenen Gelder zum grossen Teil zu Ausleihungen benutzt und die daraus entstandenen Forderungen der Bank abgetreten. Zur Deckung der zu erwartenden Verluste ist die Kontokorrentreserve von 40 000 Mk. herangezogen, sowie eine Summe von 180 000 Mk. aus dem diesjährigen Erträgnis benutzt. Soweit für den verbleibenden Rest der unterschlagenen Beträge die abgetretene Summe nicht ausreichen sollte, ist das Institut durch die von befreundeter Seite gegebenen Garantien hinreichend gedeckt.

Vom Kalisyndikat. Die weiteren Verhandlungen der Bindungskommission des Kalisyndikats eröffnen, wie verlautet, Aussichten auf eine Verständigung mit Salzdetfurth. Dieses Werk galt bisher als eins der Hauptopponenten gegen die von der Kommission aufgestellten Grundsätze für die Selbsthilfeaktion.

Sächsische Maschinenfabrik, Akt.-Ges. (vorm. Richard Hartmann) in Chemnitz. Aus Verwaltungskreisen erfährt die „Köln. Ztg.", dass die Beschäftigung der Lokomotivbau-Abteilung, die den Hauptbetrieb des Unternehmens bildet, recht gut ist, da der sächsische Staat grössere Aufträge erteilt hat. Auch in den übrigen Abteilungen geht das Geschäft zum grössten Teil zufriedenstellend, so dass der Abschluss für das laufende Geschäftsjahr befriedigende Ziffern bringen dürfte. (Für das Geschäftsjahr 1912/13 wurden 8 Proz. Dividende verteilt.)

Ludwig Loewe & Co., Akt.-Ges., in Berlin. Nach Abschreibungen von 2 074 494 (1 355 232) Mk. ergibt sich für 1913 laut Geschäftsbericht einschliesslich 86 175 (71 466) Mk. Vortrag ein Reingewinn von 1 719 000 (1 616 385) Mk., aus dem wieder 18 Prozent Dividende verteilt werden sollen. Auf neue Rechnung kommen 89 515 Mk.

Dresdner Albuminpapierfabrik, Akt.-Ges. in Dresden. Der Aufsichtsrat beschloss, aus dem Reingewinn von 79 670 (55 822) Mark eine Dividende von 8 (5) Proz. auf die Aktien Lit. A und 11 (9½) Mk. pro Genussscheine zur Verteilung vorzuschlagen.

Paradiesbettenfabrik M. Steiner & Sohn, Akt.-Ges. In der Aufsichtsratssitzung ist allgemeine Befriedigung über das Resultat der Inventur aus 1913 zum Ausdruck gekommen und die Tilgung des Restes des Genussscheinkontos aus dem Reingewinn des verflossenen Jahres, unter Inanspruchnahme des Reservefonds II und der Rücklagen, sowie die Verteilung von 10 (11) Prozent Dividende in Aussicht genommen worden. Der gegenwärtige Geschäftsgang ist günstig und lässt einen Aufschwung im neuen Jahre erwarten.

Konsolidiertes Braunkohlenbergwerk „Caroline" bei Offleben, Akt.-Ges. Im Geschäftsjahr 1913 war laut Rechenschaftsbericht der Absatz an Briketts befriedigend, der an Rohkohle ungefähr dem des Vorjahres gleich. Um weitere Expansionsmöglichkeiten zu haben, hat das Unternehmen im Bitterfelder Bezirk die Kohlenabbaugerechtigkeit von ca. 645 preussischen Morgen erworben mit einem vollständig horizontal gelagerten, ca. 17 m starken Kohlenflöz, welches durchweg im Tagebaubetrieb abgebaut werden kann. Die erste, und zwar die grösste der bis 1918 fälligen Raten ist aus den flüssigen Mitteln bereits gedeckt. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung ergibt sich einschliesslich des Vortrages ein Bruttogewinn von 972 547 (884 958) Mk., dem stehen gegenüber die Abschreibungen in Höhe von 397 731 (307 454) Mk. und Kursverlust auf Effekten mit 7513 (6929) Mk. Der verbleibende Reingewinn beziffert sich demnach auf 567 302 (570 573) Mark, der die Ausschüttung einer Dividende von 30 Proz. (wie i. V.) gestattet. In bezug auf die Aussichten wird mitgeteilt, dass die Kohlenabschlüsse für 1914 zum grössten Teil vollzogen sind; die Brikettproduktion für 1914 ist gleichfalls verschlossen, indessen zu niedrigeren Preisen als im Vorjahre.

Weitere Steigerungen der Rohhäutepreise. Auf der 42. Mitteldeutschen Zentralauktion kamen die Häute und Felle der Verwertungen von Halle a. S., Chemnitz, Magdeburg, Braunschweig, Kassel und Dresden zur Versteigerung. Besuch der Auktion und Nachfrage waren gut. Insgesamt wurden für ca. 2½ Mill. Mk. Häute und Felle versteigert. Die Preise zogen für Kuhhäute bis 2 Pfg., für Kalbinhäute bis 5 Pfg., Fresserhäute bis 3 Pfg. und Ochsenhäute ½ Pfg. per Pfund an. Bullenhäute gingen zum Preise der Vorauktion ab. Kalbfelle verloren 20—30 Pfg. pro Stück. Schaffelle blieben unverändert.

J. A. John Akt.-Ges. in Ilversgehofen. Nachdem die Gesellschaft für das Jahr 1912 zum erstenmal seit ihrem Bestehen (1902) dividendenlos geblieben war, hauptsächlich weil der weiter verschlechterte Baumarkt grössere Abbuchungen auf Aussenstände notwendig machte, hat das Geschäftsjahr 1913 einen wesentlich günstigeren Verlauf genommen. Bei als reichlich bezeichneten Abschreibungen und Rückstellungen beabsichtigt die Verwaltung, eine Dividende von 5 Proz. vorzuschlagen.

Die in Leipzig abgehaltene mitteldeutsche Zentral-Häuteauktion verlief bei regem Käuferzuspruch ziemlich lebhaft. Besonders gilt dies von Kuhhäuten. Das angebotene Quantum darin wurde zu letzten Preisen aus dem Markte genommen. Kalbfelle waren schwächer gefragt und erlitten 20—30 Pfg. Einbusse. Für Schaffelle zeigte sich gute Nachfrage bei bisherigen Preisen, gute Partien vermochten sogar im Preise etwas anzuziehen. Bullenhäute waren im Preise behauptet.

Im Konkurs des Lotterie-Unternehmers und Güterspekulanten Gustav Seiffert zu Eisenach fand eine Gläubigerversammlung statt. Es wurde festgestellt, dass die Passiven einschliesslich der Hypothekenschulden eine Höhe von 1 700 000 Mk. haben. Zur Konkursmasse gehören 11 wertvolle Grundstücke, nämlich je vier in Eisenach und Kassel, je eins in Köln und Arloff (Rheinprovinz) und das Gut Karlstal bei Rathenow in der Provinz Sachsen. Die schlechte Lage auf dem Grundstücks- und Geldmarkte, sowie grössere Verluste bei der Berliner Kredit-Bank, G. m. b. H., und bei der Bankfirma Ullrich & Co. in Berlin waren die Ursachen der Zahlungseinstellungen. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt Dr. Stern in Eisenach gewählt.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 20 März. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 188,00—132,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen loco 153,00 — — ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer pomm., preussischer, posenscher und schlesischer loco 167—162, mittel 151—166, gering — — russisch. und Donau mittel — —, gering — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mix. — — — —, abfall. mix — — — —, ruder 148—159 frei Wagen. Gerste, inländ Futtergerste, mittel und gering 142—147, gute 148,00—156,00, russische und Donau leichte 133—135, schwere 136,00—142,00 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 172—180, Taubenerbsen 181—200 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 22,00 27,25. Roggenmehl 0 und 1 18,70—21,20. Weizenkleie 11,00—11,50. Roggenkleie 9,90—10,40. Lupinen, blaue — — , gelbe — —. Wicken — — —. Seradella 11 — M.

Hamburg, 20. März. (Getreidemarkt). Weizen stetig ostholsteinter und mecklenburger 189—196,00. Roggen ruhig mecklenbrg. u. altmärk. neuer 154—158,00, russ. cif. 9 Pud 10/15 März-April 116,00. Gerste stetig, südruss. cif. März 112,25. Hafer ruhig, neuer holsteiner und mecklenburger 155—162. Mais, fest, amerikanisch. mixed cif. per März-April —, La Plata cif. neue Ernte April-Mai 105,00.

Budapest, 20. März. Weizen, Tendenz fest, per April 11,46 Mai 11,37, Oktbr. 11,24 Roggen, Tendenz fest, per April 9,62, Oktbr. 8,65. Hafer, Tendenz ruhig, per April 7,55, Oktober 7,13. Mais, Tendenz fest, per Mai 6,72, Juli 6,84. Raps, Tendenz ruhig, August 13,85

Antwerpen, 20. Febr. Deutscher La Platazug, Kontrakt: per März 6,55, April 6,50, Mai 6,47½, Juni 6,45, Juli 6,40. Umsatz 50 000 kg. Tendenz: stetig

Liverpool, 20. März. Stetig Roter Winterweizen per Mai 7—3½, per Juli 7—3½. Mais ruhig. La Plata, alte Ernte, März — — —, bunter amerik., neue Ernte, Juli 4—8⅝.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 20. März. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18,25—18,75. Still.

Zucker.

Magdeburg, 20. März. Abend-Kurse. März 9,20, April 9,22½, Mai 9,32½, August 9,55, Oktbr.-Dezbr. 9,55, Januar-März 9,67½. Tendenz ruhig.

Hamburg, 20. März. Rübenrohzucker, I. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per März	9,22½	9,22½	9,20 M.
„ April	9,25	9,25	9,23 „
„ Mai	9,37½	9,35	9,32½ „
„ August	9,57½	9,55	9,52½ „
„ Okt.-Dez.	9,65	9,55	9,55 „
„ Jan.-März	—,—	—,—	—,— „
	stetig	behpt.	behpt.

Kaffee.

Hamburg, 20. März. Gedo average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per März	45,25 G.	45,25 G.	45,50 G.
„ Mai	45,75 G.	46,00 G.	46,25 G.
„ September	47,00 G.	47,25 G.	47,50 G.
„ Dezember	47,50 G.	48,00 G.	48,00 G.
	ruhig	behpt.	behpt.

Havre, 20. März. Kaffee good average Santos per März 56,25, per Mai 56,50, per Sept. 57,25, Dez. 58,00. Stetig.

Rio de Janeiro, 20. März. Kaffee-Zufuhren 5000 Sack in Rio, 15000 Sack in Santos.

Fettwaren und Oele.

Originalbericht von Gebr. Gause.

Berlin, 18. März.

Butter: In der Marktlage trat keine wesentliche Veränderung ein. Feinste reinschmeckende Marken können zu unveränderten Preisen placiert werden; gute billigere Qualitäten sind begehrt. Für feinste russische Butter hält die bessere Nachfrage an. Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qualität 126—128 Mk., do. IIa Qualität 121—126 Mk. — Schmalz: Die amerikanischen Börsen verliefen in ruhiger, aber fester Haltung bei kaum veränderten Preisen. Die Konsumnachfrage in Deutschland zeigt noch immer keine Besserung, während sie in Amerika reger sein soll. Die heutigen Notierungen sind: Choice Western Steam 61,25—62,25 Mk., amerikan. Tafelschmalz Borussia 63 Mk., Berliner Stadtschmalz Krone 62,50 bis 68 Mk., Berliner Bratenschmalz Kornblume 63,50—68 Mk. — Speck: Ruhig.

Köln, 20. März. Rüböl per loko 71,50, per Mai 70,50.

Hamburg, 20. März. Stadtschmalz 63,00, amerikan. Steam 53,75, Chamberlain 55,50. Tendenz stetig.

Spiritus.

Nordhausen, 20. März. Branntwein 85 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81,75—82,75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 92,50—93,50 M. per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

Chemische Produkte.

Hamburg, 20. März. Chilisalpeter per loko 10,35, Febr.-März 10,22½, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: stetig.

Wolle.

Bremen, 20. März. Baumwolle Upl. loko middl. 64,25.

Liverpool, 20. März. Aegypt. Baumwolle per Mai 8,92.

Liverpool, 20. März. Baumwolle, Umsatz 10000 Ballen, Import 26400 Ballen, davon amerik. Lieferg. 13 000 Ballen.

Alexandria, 20. März. Aegyptische Baumwolle per Mai 17,09, Juli 17,15, Novbr. 17,23.

Metalle.

London, 20. März. Chili-Kupfer, träge, 64½, 3 Mon. 65½. Zinn, Straits, träge 173, 3 Mon. 175, Blei span., stetig 19 9/16, engl. 20, Zink, gew. Marke, ruhig 21½, spez. Marke 22¼.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	20. 3.	19. 3.		20. 3.	19. 3.
Weizen p. Mai	162 1/8	162 1/8	Roggen loko	61	61
„ „ Juli	97 3/4	97 1/8	Schmalz p. Mai	10.85	10.85
Mais loko	73 5/8	72 1/2	„ „ Juli	11.05	11.05
Mehl Spring cl.	3.90	3.90	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	11.25	11.25
Weizen p. Mai	93 3/4	93 7/8	do. in Stard. Withe	8.75	8.75
„ „ Juli	88 1/4	89	do. in Cred. Balanc.	200	200
Mais p. Mai	69 3/8	69 7/8	Kaffee loko	8 5/8	8 5/8
„ „ Juli	69 1/8	69 5/8	„ p. März	8.22	8.21
Hafer p. Mai	40 1/8	40 3/8	„ p. Mai	8.34	8.31
„ „ Juli	40 1/8	40 7/8			

Tendenz: Weizen willig, Mais —.

Schiffsnachrichten

Oesterreichischer Lloyd.

(Vertreter in Halle: Max Lippmann, Volkmannstr. 4.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: nach Venedig: 21., 24. März Metcovich; nach Dalmatien: 21. März Eillinie Triest—Cattaro (A) Prinz Hohenlohe, 22. März Dalmatinisch-albanesische Eillinie Baron Bruck, 23. März Linie Triest—Spizza (A) Brioni, 24. März Eillinie Triest—Cattaro (A) Baron Gautsch, 25. März Dalmatinisch-albanesische Linie Adelsberg (A berührt: Pola, Lussinpiccolo, Zara, Spalato, Gravosa, Castelnuovo und Cattaro; B berührt: Pola, Lussinpiccolo, Zara, Spalato, Curzola Gravosa und Cattaro); nach der Levante und dem Mittelmeer: 22. März Griechisch-orientalische Linie (B) Galicia, 22. März Linie Triest—Syrien (B) Goritia, 24. März Eillinie Triest—Konstantinopel Bruenn; nach Ostindien, China, Japan: 25. März Linie Triest—Bombay Semiramis, 30. März Linie Triest—Shanghai Bohemia, 2. April Linie Triest—Kalkutta Perla, 5. April Linie Triest—Bombay Gablonz, 10. April Linie Triest—Kobe E. F. Ferdinand, 15. April Linie Triest—Bombay Cleopatra, 16. April Linie Triest—Kalkutta Spuma.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.			Fall	Wuchs				Fall	Wuchs
Artern	19. März	+2,68	—	6					
Nebra, Oberpegel	„	+2,94	—	2					
„ Unterpegel	„	+2,88	—	2					
Weissenfels, Oberpegel	„	+3,34	—	4					
„ Unterpegel	„	+3,12	—	2					
Trotha	19.	+4,16	20.	—					
Alsleben, Oberpegel	18.	+3,03	19.	—					
Unterpegel	„	+3,68	—	4					
Bernburg	„	+3,35	—	20					
Calbe, Oberpegel	„	+2,54	—	6					
„ Unterpegel	„	+3,50	—	14					

Saale, Eger, Elbe, Moldau.

	März	Fall	Wuchs			März	Fall	Wuchs
Jungbunzel.	19.	+0,66	19	—	Wittenberg	20	+4,00	2
Laun	„	+2,57	13	—	Rosslau	„	+3,92	5
Budweis	„	+0,62	20	—	Barby	„	+4,34	2
Prag	20.	+1,94	4	—	Schönebeck	„	+4,05	3
Pardubitz	19.	+0,32	—	2	Magdeburg	„	+3,64	8
Brandeis	„	+1,89	15	—	Tangermde.	„	+4,42	8
Melnik	„	+2,28	—	4	Wittenberge	„	+4,42	8
Leitmeritz	20.	+2,28	23	—	Dömitz	19.	+4,02	—
Aussig	„	+2,99	21	—	Boizenburg	„	+3,98	12
Dresden	„	+1,44	9	—	Hohnstorf	20.	+4,06	6
Torgau	„	+3,86	—	24	Lauenburg	„	+4,12	7

Aussig, 20. März. Pegelstand +2,99 m. Vom Oberlauf werden 1,62 m Fall gemeldet.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger, für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth, Druck und Verlag von Otto Hendel Sämtlich in Halle. — Zuschriften an die Redaktion, Berichte, Einsendungen usw. sind stets an die Redaktion der „Saale-Zeitung", nicht an die Adresse einzelner Redakteure zu richten.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140321017/fragment/page=0005

Berliner Börse, 20. März 1914

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

a 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q1 quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Febr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q2 do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q3 do. 1.3.6.9.12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85 — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M

Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 3⅞%

Nachdruck verboten.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt.Rchs.Sch	a	4	100.00G
do.1.4.15	d	4	100.00B
do.1.5.16	a	4	99.80G
Dt.Rchs.-Anl	v	4	98.70bG
do. uk. 25	d	4	98.80bG
do.uk35 Int	c	4	98.90bG
do. do.	v	3½	86.20bG
do. do.	v	3	77.50G

Magdeb. 91	a	4	97.50b
do. 1906	a	4	97.50b
do. 1902	d	4	96.90B
do. 86-02	a	3½	92.30b
Mannh01 12	b	4	94.40G
Mind. 95/02	v	3½	—.—
MülheimRhr	d	3½	89.25G
München 94	v	3½	88.50G
do.01,06,07	d	4	97.10G
do. 1908/11	e	4	96.40bG

Serb. Gold-A	f	4½	87.30t
do.am.Anl95	a	4	79.00B
Siames. Anl.	c	4½	95.40b
Türk.AdmAnl	e	4	76.25bG
do.Bagd.Anl.	e	4	78.25G
do. do. 2	a	4	75.40bG
do. unif. 03	c	4	—.—
do. do. 06	e	4	73.00G
do. do. 08	a	4	73.00G
do. Zoll-Obl.	a	4	73.00b

Koslow-Wor.	d	4	85.20b
Kursk-Kiew	b	4	88.00B
Lodz.Fabr.B	a	4	—.—
Moskau Kas.	a	4½	93.90bG
do. 1911	e	4½	93.90bG
do. 1915	a	4	85.90b
Mosk.KiewW	a	4½	94.00bB
do. 1910	a	4½	94.00b
do.	d	4	85.40b
do. Rjäsan	b	4	88.70B

Pr.Pfdbr. S.3	v	4	95.25bG
do. S. 32, 33	v	4	95.50G
do. S. 23, 26	v	3½	87.80bG
do. 17 18 24	v	3½	85.00bG
Pr.Klab.-Ob.	a	4	93.50G
do. do.	a	3½	89.60G
do.KmOb 67	a	4	96.25G
do.Ser.9, 10	v	4	96.25bG
do. S.11, 12	v	4	96.75G
do.Serie 1,3	v	3½	85.50bG

Rn. Braunk 2	d	4½	99.25B
do. do. 2	d	4½	—.—
do. Metall 5	d	4	94.00B
Rh. Wstf. El.2	d	4½	96.00bG
do. do. 2	d	4	89.50bG
do.Kalkw. 5	a	4½	100.50G
RiebeckMt. 2	b	4½	100.00bB
Romb. Hütt.3	a	4½	100.25G
Rvbn. Steink.	a	4½	—.—
Sächs.El.L.5	i	4½	99.50G

Dtrm. Union	O	25	438.00G
do. Victoria	O	7	122.00G
Düsseld.Adler	O	6	97.00bB
Düss. Höfelb	O	10	151.25bG
Frankf Henn.	O	7	124.00G
Germn.Drtm.	O	9	137.50G
Gevelsberg.	O	4	61.00G
Gilden-Br.	O	0	66.50G
Glückauf.	O	8	124.10G
Henning.Rfb	O	0	43.25G

Dt.Kabelwrk	1	8	137.75	
do.Kaliwerk	1	10	147.50bG	
doLinuWchs	1	6	129.75G	
doSchachtb	1	40	440.50bG	
doSpiegelgl	1	20	280.00G	
do. Steinzg.	1	16	230.50bG	
do.TonuStz	1	10	145.00G	
do.Waff.uMn	1	32	591.50bG	
do.Wagg.Lh	1	12½	208.50b	
do.Wasswrk	1	4	—.—	

Gbr. Körting	1	8	124.25G
Körtings El.	4	8	126.75G
Emil Köster	4	11	146.75b
Kosth. Cell.	1	5	110.10bG
Kronpr. Met.	1	20	259.75b
Gb.Krüg.&C.	1	12	149.60bG
KruschwitzZ.	7	16	233.00b
Kunz Treibr.	1	7	108.00bB
KupfwDtschl	1	9	137.80G
Küpperső&S	1	13	215.80G

Schomb.&S.	O	12½	233.50G
Schönebeck	7	7	124.00bG
Schöneb.Fr.	4	0	81.30bG
C.Schoening	5	9	122.00G
Schönw.Prz.	1	4	75.50G
Herm.Schött	1	9	119.70bG
Schftg.Huck	1	6½	83.00G
SchuckertEl	8	8	149.75bB
Fr.Schulz jr.	1	3	285.00bG
Schulz-Kndt	1	8	124.25G